

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 25. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 15. Dezember 2010
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 22.50 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Kathrin Gürtler, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nic Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Peter Brack

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 38 Anwesende = 26
18.35 Uhr 39 Anwesende = 26

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 13.10.2010 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 12.11.2010 zur **Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2011 – 2015**
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 3955 / A
 2. Berichte des Gemeinderates vom 13.10.2010 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 12.11.2010 zum **Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2011** Geschäft 3954 / A
-

- 2.1.0 EINTRETENSDEBATTE
- 2.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 24.11.2010 und Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 26.11.2010 zu den **Budgetpostulaten** Geschäft 3954B / C
- 2.1.2 Budgetpostulat Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, betreffend Restaurant Mühle – Position 942 503.02 Geschäft 3954B.3
- 2.1.3 Budgetpostulat Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, betreffend Dienstleistungen und Honorare (Naturschutz) Pos. 780 (neu) Geschäft 3954B.4
- 2.1.4 Budgetpostulat Josua M. Studer betreffend 6 Verkehr / 651 Regionalverkehr Konto 651-36 Eigene Beiträge / Unterkonto 651-361.00 Kantone Geschäft 3954B.5
- 2.1.5 Budgetpostulat N. Ulusoy, J. Gosteli, R. Urscheler, Ch. Benz, S. Maurer, Grüne Allschwil und SP/EVP-Fraktion, betreffend 700-314.00 Fonds zur Unterstützung innovativer und nachhaltiger Energieprojekte Geschäft 3954B.7
- 2.2. DETAILBERATUNG
- 2.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse
- 2.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern 2011
- 2.2.3 Budgetpostulat Cedric Roos, SVP-Fraktion, betreffend „Senkung Steuerfuss“ Geschäft 3954B.1
- 2.2.4 Budgetpostulat Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, betreffend Senkung des Steuerfusses für nat. Personen Ziff. 2: Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen wird auf 56,5 % der Staatssteuer festgelegt. Geschäft 3954B.2
- 2.2.5 Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend 9 Finanzen und Steuern / 900 Steuern Natürliche Personen Konto 900-40 Steuereinnahmen Unterkonto 900-400.00 Einkommens- und Vermögenssteuern Geschäft 3954B.6
- 2.2.6 Festsetzung der Feuerwehersatzabgabe 2011
3. Wahl eines Mitgliedes in das **Wahlbüro** anstelle des zurückgetretenen Florian Bammatter, SP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3966
4. Bericht des Gemeinderates vom 24.11.2010 und der GPK betreffend **Leistungsvereinbarung Stiftung Tagesheime** Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3969 / A
5. Bericht des Gemeinderates vom 10.11.2010 zum Postulat von Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion, vom 03.03.2010 betreffend **öffentlicher Toiletten-Anlagen in Allschwil** Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3929 / A
6. Postulat von Josua M. Studer, vom 06.10.2010 betreffend **Eine neue Haltestelle „Central“** Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3965

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 25 vom 15. Dezember 2010

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Kathrin Gürtler

Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Wir sollten nun alle im Besitz aller Unterlagen sein.

[**Entschuldigungen/Präsenz:** siehe Protokolleingang]

Ich habe dem Rat folgende Mitteilungen zu machen. Mathilde Oppliger wird Ende Jahr aus dem Einwohnerrat austreten nach langjähriger Tätigkeit.

Es kann nur das ins Protokoll aufgenommen werden, das ins Mikrofon gesagt wird. Ich bitte Sie deshalb, nur in eingeschaltete Mikrofone zu sprechen.

Es gibt neue Vorstösse. Eine dringliche Motion betreffend Verdichtung des Fahrplanes Bus 33, eingereicht von Josua Studer. Josua Studer, ich gebe Ihnen das Wort für die Dringlichkeit.

Josua Studer, parteilos: Ihr staunt vielleicht, dass ihr quasi das gleiche vor euch habt wie in der letzten Sitzung. Dort ist einiges falsch gelaufen. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Präsidentin dem Gemeinderat das Wort gegeben hätte, damit er sich zur Dringlichkeit hätte äussern können. Es wäre toll gewesen, wenn sich der Gemeinderat für das Wort gewehrt hätte. Vor der Sitzung ist ein Gemeinderatsmitglied an mich gelangt und hat gesagt, falls ich bereit wäre, im Antrag den Text leicht anzupassen, dann wäre dies im Sinne des Gemeinderates. Somit ist dies unter ferner liefen gelaufen. Ich habe mir darum erlaubt, die Vorstösse nochmals einzureichen mit dem geänderten Text. Es heisst jetzt: "der Gemeinderat soll sich einsetzen, dass...". Dahinter steht die Idee, dass der Gemeinderat die Möglichkeit hat, etwas zu unternehmen. Laut Reglement darf man etwas zum gleichen Thema nochmals einreichen, wenn es nicht überwiesen ist. Wir haben das letzte Mal nur die Dringlichkeit verweigert, aber das Geschäft nicht überwiesen. Darum kann ich es wieder bringen. Ich danke für die Zustimmung und bedanke mich für die Dringlichkeit.

Robert Vogt, Gemeinderat: Aus Sicht des Gemeinderates ist die Dringlichkeit dieser zwei Anträge nicht gegeben. Wir könnten uns gut vorstellen, wenn wir diese Postulate freiwillig entgegennehmen würden, dies in der Januar- oder Februarsitzung traktandieren könnten.

Josua Studer, parteilos: In Anbetracht der Idee des Gemeinderates kann ich die Dringlichkeit zurückziehen. Wir müssen das nicht heute Abend behandeln und haben Zeit für anderes.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gut, damit kommen wir zum nächsten Vorstoss. Dringliches Postulat betreffend "Ganztätig mit dem Bus zum Bahnhof SBB". Dort wird die Dringlichkeit auch zurückgezogen. Wir kommen zum Postulat betreffend familienexterner Kinderbetreuung in Allschwil, Geschäftsnummer 3978, eingereicht von der grünen Fraktion (Anmerkung: von der SP und gleichzeitig von den Grünen unterschrieben). Möchten Sie etwas dazu sagen?

Dann kommen wir zum nächsten Postulat betreffend Attraktivität des Trämlispielplatzes, eingereicht von Mathilde Oppliger.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich habe mir erlaubt zum Abschluss meiner Karriere noch ein Postulat einzureichen. Ich habe mit vielen Leuten geredet in Zusammenhang mit dem Altersheim. Sie sagen, es sei schad, wenn der Wegmattenweg verbaut wäre und man nicht mehr dorthin könnte, es hat dann keine Grünfläche mehr. Aber der Trämlispielplatz auf der Seite des Baselmattweges ist ziemlich schlecht genutzt. Der wird nur genutzt von den Finnenbahnbenutzern und der Eingang ist so, dass man mit einem Rollstuhl oder mit älteren Leuten gar nicht hineingeht. Darum habe ich gesagt, dass ich mich nochmals dafür einsetze, dass man dies etwas attraktiver machen könnte, damit man mit älteren Leuten mit dem Rollstuhl fahren und vielleicht auf einem Bänkli sitzen könnte. So könnte man den Park besser geniessen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Es liegt ein Änderungsantrag vor, ich gebe das Wort Cedric Roos.

Cedric Roos, 1. Vizepräsident: Ich habe einen Ergänzungsantrag für ein neues Traktandum 3.1 gestellt. Auf dem Tisch liegt das Demissionsschreiben aus der VB von Florian Spiegel. Er hat das auf ausdrücklichen Wunsch der Vormundschaftsbehörde und der Präsidentin der Vormundschaftsbehörde eingereicht, weil sie in der Vormundschaftsbehörde am Anschlag sind. Durch seinen Dienst, Sie sehen, dass er in Uniform heute extra da ist, kann er nicht an den ordentlichen Sitzungen teilnehmen und alle weiteren Pflichten von dieser Behörde nicht erfüllen. Darum möchten wir für den geregelten Ablauf in der Behörde ein neues Mitglied vorschlagen. Wir behalten uns vor, diese Änderung wieder rückgängig zu machen, sobald Florian Spiegel nicht mehr im Dienst ist. Falls es zur Thematik selber noch Fragen gibt, könnte Arnold Julier Auskunft geben, er ist in der Vormundschaftsbehörde tätig.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Möchte jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall, dann stimmen wir über diesen Änderungsantrag ab, ob wir dieses zusätzliche Traktandum aufnehmen.

://:

Das Traktandum wird mehrheitlich aufgenommen.

569 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 13.10.2010 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 12.11.2010 zur Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2011 – 2015
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 3955 / A

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Es freut mich ausserordentlich, dass ich Ihnen heute Abend in einem ersten Traktandum gewisse Ausführungen zum Finanzplan 2011 bis 2015 machen darf. In einem weiteren Traktandum kann ich Ausführungen zum Budget 2011 machen. Der Gemeinderat ist nach der letzten Einwohnerratssitzung vor einem Jahr zur Ansicht gekommen, dass es sinnvoller ist, wenn man die beiden Traktanden umkehrt. Bisher hat man zuerst das nachfolgende Budget behandelt und erst in einem zweiten Schritt den Finanzplan. Jetzt fand der Gemeinderat aufgrund der Tatsache, dass es geschickter ist, dass Sie sehen, wohin in den nächsten Jahren der Entscheid geht, wenn Sie über das Budget definitiv entscheiden. Wir fanden es macht mehr Sinn, wenn in einem ersten Traktandum der Finanzplan angeschaut wird und erst in einem zweiten Traktandum das Budget beschlossen wird. Deshalb haben wir im Büro den Antrag gestellt, dass man die beiden Traktanden umkehrt. Das Büro ist darauf eingegangen und hat die Einladung so verschickt. Ich möchte dafür meinen Dank aussprechen.

Bei der Erstellung des Finanzplanes 2011 bis 2015 ist der Gemeinderat wie in den letzten Jahren vorgegangen. Er hat die Basis genommen, das Investitionsprogramm 2011 bis 2022. In diesem Investitionsprogramm sind sämtliche Investitionen enthalten und zwar priorisiert nach den vier bekannten Stufen, die ich Ihnen auch schon näher gelegt habe. Zur Priorisierung sind wir gekommen, indem wir nach elf Kriterien jedes einzelne Investitionsvorhaben angeschaut haben, beim ersten Punkt Sicherheit, verschiedene andere Positionen, bis zur ökologischen Nachhaltigkeit.

Was waren die Annahmen, die der Gemeinderat dem Finanzplan zugrunde gelegt hat? Einerseits ist klar, dass das Budget 2011 die Basis des Finanzplanes ist. Dort hat der Gemeinderat den Steuerfuss auf 58% festgelegt für die natürlichen Personen. Bei den juristischen Personen hat man die Ertragssteuer auf 5% und die Kapitalsteuer auf 2,75 Promille festgelegt, bis anhin waren es 3,5 Promille. Die Teuerung für das Jahr 2011 war 0,7%. Das ist eine Punktlandung, die Teuerung hat sich effektiv so ergeben. Für das Jahr 2012 rechnen wir mit 1% und ab 2013 mit 1,5% Teuerung. Beim Personalaufwand haben wir 1,25% jährlich dazu gegeben, plus die Teuerung. Beim Zinssatz für die Beschaffung von Fremdkapital sind wir von 1,5% bis etwa 3% ausgegangen.

Wir haben keine systematische Hochrechnung gemacht, aber in verschiedener Hinsicht Korrekturen gemacht zum Budget 2010. Wir haben einen massiv höheren horizontalen Finanzausgleich und den Finanzausgleich den effektiven Gegebenheiten angepasst. Budgetiert haben wir wesentlich weniger aufgrund der Angaben, die wir damals vom Kanton erhalten haben. Jetzt ist die Rechnung eingetroffen und die ist CHF 6'000'000 höher als budgetiert. Da haben wir das Budget 2010 angepasst. Dann haben

wir die Abschreibungen aufgrund der zusätzlichen Abschreibungen im 2009 angepasst. Wir haben im 2009 aufgrund des guten oder sehr guten Ergebnisses zusätzliche Abschreibungen machen können. Dies hat zu einer Anpassung im Budget 2010 geführt. Dann haben wir eine Reduktion auf den Abschreibungen aufgrund von den Investitionsverschiebungen vom 2009 bis ins 2011 vorgenommen. Wir konnten einzelne Investitionsvorhaben nicht wie geplant durchführen, insbesondere das Feuerwehrmagazin. Dadurch haben wir eine Verschiebung vorgenommen, das hat zu Abschreibungen geführt, die wir anpassen mussten.

Wir haben die Fremdkapitalzinsen angepasst, weil wir gesehen haben, dass diese sich geändert haben. Und wir haben einen tieferen Gemeindebeitrag an die Ergänzungsleistung genommen, weil wir davon ausgehen, dass dies so sein wird. Eine grobe Annahme hat ergeben, dass wir aufgrund dieser Korrekturen im 2010 mit einem Defizit von rund CHF 3'000'000 rechnen müssen. Die Rechnung 2010 wird mit einem Aufwandsüberschuss von rund CHF 3'200'000 abschliessen. Weitere Korrekturen in der geplanten Periode 2012 bis 2015 sind folgende: Wir wissen aufgrund von Abklärungen, die wir gemacht haben – wir haben eine Studie in Auftrag gegeben – dass wir in den nächsten Jahren sicher je einen zusätzlichen Kindergarten im 2013 und im 2015 zur Verfügung stellen müssen. Aufgrund der Studie gehen wir davon aus, dass die Kinderzahlen zunehmen werden. Das heisst, dass wir zusätzliche Kindergärten brauchen. Das haben wir aufgenommen im Finanzplan.

Bei der Pflegefinanzierung gehen wir davon aus, dass ab 2013 ein wesentlich höherer Betrag auf uns zukommen wird. Es ist ein relativ kompliziertes Konstrukt, diese Änderung der Pflegefinanzierung. Für mich ist es wichtig, dass Sie gehört haben, dass es eine so genannte Restfinanzierung geben wird. Die Restfinanzierung wird der Teil sein, den die Gemeinde neu übernehmen muss. Wir gehen davon aus, dass ab 2013 pro Jahr CHF 1'000'000 auf uns zukommen wird. Im Jahr 2011 und 2012, die Übergangsphase, rechnen wir mit zusätzlichen Kosten von CHF 158'000. Auch das haben wir im Finanzplan aufgenommen.

Ein weiterer Punkt ist die Veränderung beim EL-Schlüssel. Die Sekundarschule Niveau A wird ab Sommer 2011 definitiv an den Kanton übergeben, was definitiv auch immer heisst in Zusammenarbeit mit dem Kanton, aber wir gehen davon aus, und haben dies im Finanzplan aufgenommen. Der Kanton wird einen Teil retour geben an Kosten. Dort werden Kosten von CHF 13'500'000 voraussichtlich gesamthaft auf die Gemeinden zurücküberwälzt, im Rahmen der Veränderung des EL-Schlüssels. Dort gibt es eine Aufstockung, zumindest gehen wir davon aus. Wir rechnen damit, dass dies für unsere Gemeinde pro Jahr CHF 1'000'000 kosten wird, also auch zusätzliche weitere Kosten.

Wie sieht die Entwicklung des Aufwands aus? Sie sehen das auf dieser Folie. Dieses Diagramm hat sich ergeben aus dem Finanzplanungstool. Dies enthält den Wert unter Berücksichtigung der Annahmen, die ich Ihnen vorhin gesagt habe. Die Teuerungsprognose, Zinssätze für Fremdkapital, etc. Sie sehen aufgrund dieser Folie, dass wir damit rechnen, dass sich der Aufwand moderat weiterentwickeln wird ab dem Jahr 2011. Wir gehen davon aus, dass es sich ab 2010 rund CHF 41'400'000 aufs Jahr 2015 auf rund CHF 47'600'000 entwickeln wird. Der hohe Balken im Jahr 2009 stellt die Rechnung 2009 dar. Im violetten Teil sind die Abschreibungen Verwaltungsvermögen drin, also die zusätzlichen Abschreibungen, die wir mit der Rechnung 2009 vorgenommen haben von rund CHF 10'700'000. Deshalb ist dieser Balken so extrem hoch. Wir gehen davon aus, dass sich der Rest in etwa so entwickeln wird.

Wie sieht die Entwicklung der Steuereinnahmen aus? Auch da sehen Sie, dass wir eigentlich mit einer moderaten Entwicklung der Steuereinnahmen rechnen. Ich darf hier deutlich betonen, dass wir die Steuererträge an den Vorgaben des Kantons angepasst haben. Der Kanton macht eine Hochrechnung, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln werden. Wir haben die Hochrechnung zum ersten Mal so übernommen. Bis anhin waren wir immer etwas zurückhaltender und haben dieser Berechnung des Kantons nicht ganz eine 100% Bedeutung beigemessen. Neu haben wir den Finanzplan auf Basis dieser Daten erstellt. Die Konjunkturdaten, die dieser Entwicklung des Kantons zugrunde liegen, sind inzwischen bereits etwas relativiert. Ich habe kürzlich am Radio einen Artikel gehört, dass der Wirtschaftsmotor bereits etwas ins Stocken gekommen ist, und sich nicht weiter so entwickelt, wie wir das bis anhin angenommen haben. Es ist schwierig, diese Abschätzungen zu machen. Sie sehen den roten Balken, das ist meines Erachtens der Finanzausgleich. Bei den Steuereinnahmen gibt es immer den ominösen Teil Finanzausgleich, der neu geregelt wurde. Im Jahr 2010 haben wir eine wesentlich höhere Rechnung erhalten, als wir ursprünglich geplant haben. Es ist bereits wieder in Arbeit, ob der Finanzausgleich wieder eine Korrektur erfahren sollte. Der Gemeinderat hat heute bereits entschlossen, dass wir der Gemeindeinitiative stattgeben werden auf Begrenzung des Abschöpfungssatzes, dass dies vom Regierungsrat festgelegt wird. Das sollte allenfalls zu einer Entlastung für uns führen. Das ist alles mit Vorbehalt zu geniessen, da wir bisher noch keine konkreten Zahlen haben.

Sie sehen, dass in der ganzen Planperiode die Selbstfinanzierung lediglich bei 44% liegt. Die Selbstfinanzierungsquote von über 100% ist maximal in zwei Jahren erreicht, 2012 und 2013. In diesen Jahren können wir Schulden abbauen, in allen anderen Jahren werden die Schulden weiter aufgebaut, die Fremdverschuldung nimmt zu. Wir haben für die Investitionen, die wir in der Planperiode 2011 bis 2015 geplant haben, Mittel aus den Vorjahren bereitstellen können, aus den Jahren 2008 und 2009, wo wir die sehr guten Ergebnisse hatten. Da konnten wir einmal eine Einlage in die Vorfinanzierung machen

und einmal konnten wir zusätzliche Abschreibungen machen. Dieses Geld werden wir sicher verwenden können.

Die allerwichtigste Folie, auch wenn sie kompliziert ist, ist diese. Hier sehen Sie verschiedene Kennzahlen. Die wichtigsten Kennzahlen, die für die finanzielle Entwicklung für unsere Gemeinde wichtig sind. Das sind die Nettoinvestitionen und die Selbstfinanzierung, die miteinander zusammenhängen. Auf der anderen Seite ist es die Kennzahl Ertrags/Aufwands-Überschuss und das Eigenkapital. Zu den Kennzahlen Nettoinvestitionen und Selbstfinanzierung. Wenn die Nettoinvestitionen höher sind als die Selbstfinanzierung, dann müssen wir Schulden aufnehmen, das heisst, dass die Fremdverschuldung zunehmen wird. Das ist in den Jahren 2010, 2011, 2014 und 2015 der Fall. Lediglich im Jahr 2012 und 2013 werden wir Schulden abbauen können. Wenn wir alle Investitionen, wie jetzt geplant, tätigen können, dann werden wir rund CHF 25'000'000 Neuverschuldung aufbauen oder CHF 25'000'000 mehr Fremdkapital aufnehmen. Das belastet natürlich direkt unsere laufende Rechnung, indem wir dort Passivzinsen zu verbuchen haben. Sie sehen auf der anderen Seite die Kurve Aufwands/Ertrags-Überschuss. Wir planen aufgrund des Steuerfusses, 58%, im 2011 einen Ertragsüberschuss, im 2012, 2013 und 2014 auch, erst im Jahr 2015 fällt es hinunter. Wenn wir den Steuerfuss um 1,5% senken würden, dann würden uns pro Jahr CHF 1'100'000 fehlen. Wir hätten pro Jahr CHF 1'100'000 weniger Ertragsüberschuss oder es fällt ziemlich bald in einen Aufwandsüberschuss. Diese CHF 1'100'000 fehlen uns und würden die Selbstfinanzierung schmälern. Wenn die Selbstfinanzierung verschmälert wird, dann ist klar, dass wir Schulden aufbauen müssen. Wenn wir die fünf Jahre CHF 1'100'000 weniger Steuereinnahmen haben, dann fehlt uns das und wird direkt ins Fremdkapital umgelagert. Es fehlen uns am Schluss der Planperiode nicht CHF 25'000'000, sondern CHF 25'000'000 plus CHF 5'500'000, also rund CHF 31'000'000 in einer Zeitspanne von fünf Jahren. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass dies unsere finanzielle Situation nicht vertragen würde. Er ist klar der Meinung, dass wir den Steuerfuss bei 58% behalten sollten. Man könnte bei dieser Argumentation einwenden, dass wir aus den Jahren 2008 und 2009 Gelder haben, also die Einlage in die Vorfinanzierung, rund CHF 8'000, plus jetzt nochmals CHF 5'000 aus dem Jahr 2011, das wir auch in die Vorfinanzierung gemacht haben, plus die zusätzlichen Abschreibungen, CHF 10'000. Wir hätten rund CHF 23'000'000 zur Verfügung, die wir den CHF 31'000'000 anrechnen könnten. Aber man sieht, dass dann immer noch ein sehr grosser Betrag fehlt. Der Gemeinderat ist deswegen klar der Meinung, dass uns viel Geld fehlt am Ende dieser Planperiode. Deswegen ist er klar der Meinung, dass wir die Steuern nicht senken dürfen.

Wie sieht es aus mit der Neuverschuldung gemäss dem Plan des Gemeinderates? Die Nettoschuld pro Einwohner in CHF wird zunehmen. Sie wird auch zunehmen bei 58% und natürlich noch viel mehr, wenn die Steuern runtergehen würden. Am Ende der Planperiode sind wir bei CHF 1'845 Nettoschuld pro Einwohner. Das ist noch kein alarmierender Wert, aber es ist klar eine mittlere Verschuldung. Noch ein paar Folien zum Thema Spezialfinanzierungen. Zuerst zur Wasserversorgung. Bei der Wasserversorgung haben wir im 2009 immer noch den Bilanzfehlbetrag, den wir abbauen möchten, und auf der anderen Seite soll das Eigenkapital aufgebaut werden. Sie sehen, dieses Ziel werden wir erreichen, und zwar unter anderem, weil die Durchleitungspreise gesenkt wurden. Das führt bei der Wasserversorgung zu einer wesentlichen Entlastung. Wir gehen davon aus, dass wir die Gebühren unverändert lassen können bis ins Jahr 2015, und dass wir dennoch Eigenkapital aufbauen können von rund CHF 3'000'000. Sie sehen, das Eigenkapital ist die Differenz zwischen dem Verwaltungsvermögen und der so genannten Nettoschuld. Auch wenn es auf dieser Folie positiv dargestellt ist, ist es eine Nettoschuld buchhalterisch. Wichtig ist, dass wir unsere finanzpolitischen Ziele auch bei der Wasserversorgung erreichen können aufgrund dieser Planung.

Bei der Abwasserbeseitigung und bei der Abfallbeseitigung haben wir eine gesunde finanzielle Basis. wir haben dort ein relativ grosses Eigenkapital im 2011 von CHF 6'500'000. Hier ist die Idee, dass wir das Eigenkapital abbauen möchten. Wir können das nicht grad von Anfang an der Planperiode, aber es ist so, dass wir bis ins Jahr 2015 bei CHF 6'400'000 Eigenkapital sein werden, insgesamt ist ein kleiner Abbau möglich. Tatsache ist, dass eine Gebührenerhöhung voraussichtlich erst nach dem erforderlichen Eigenkapitalabbau nötig sein wird. Bei der Abfallbeseitigung haben wir ein ähnliches Bild. Auch hier haben wir ein relativ hohes Eigenkapital, das am Schluss etwas tiefer sein wird. Die Investitionen bei der Abfallbeseitigung spielen keine grosse Bedeutung. Ein Schwergewicht, das der Gemeinderat hier hat, ist eine ausgeglichene Rechnung und man soll auf jeden Fall einen Bilanzfehlbetrag vermeiden. Wegen der erheblichen Senkung der KV-Gebühren, konnten die Abfallgebühren im 2009 gesenkt werden, von CHF 2.60 auf CHF 2.30. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es eine weitere Senkung verträgt, von CHF 2.30 und CHF 2.10, auch wenn wir im Jahr 2011 mit einem Aufwandüberschuss von rund CHF 39'000 rechnen müssen. Das macht nichts, denn das Ziel des Gemeinderates ist es, das Eigenkapital zu reduzieren. Ein Aufwandsüberschuss hilft uns dazu.

Bezüglich der Zielerreichung habe ich ein paar Folien gemacht, wo der Gemeinderat der Meinung ist, dass wir die Ziele erreicht haben. Es ist eine ausgeglichene Rechnung und ein Eigenkapitalaufbau von CHF 6'000'000 bis ins Jahr 2014. Das können wir sicher erreichen, wir kommen sogar auf CHF 8'000'000. Das ist richtig. Nach HRM2 ist es so, dass für eine Gemeinde mit der Grösse von Allschwil CHF 8'000'000 die richtige Richtgrösse für Eigenkapital ist.

Beim Steuerfuss, maximal 58%, sind wir der Meinung, dass wir es durchgezogen haben. Wir hoffen, dass es der Einwohnerrat im 2011 auch durchzieht. Nettoinvestitionen unter CHF 3'500'000 werden mit den ordentlichen Abschreibungen und dem ordentlichen Ergebnis der laufenden Rechnung finanziert. Das wurde auch erreicht. Bezüglich der Nettoschuld haben wir uns das Ziel gesetzt, dass sie kleiner als CHF 1'750 sein muss. Wir haben gesehen, dass wir am Schluss bei rund CHF 1'800 pro Einwohner sind, das heisst immer noch Ziel erreicht.

Jetzt noch ein paar Worte zu einem kleineren Ausblick. Die Finanzlage der Gemeinde Allschwil ist durch das gute Ergebnis 2008 und 2009 massiv entlastet worden. Der Finanzausgleich hat aufgrund der Rechnung 2009 keine Entlastung ergeben, sondern eine erhebliche Mehrbelastung. Wir haben ursprünglich damit gerechnet, dass der Finanzausgleich aufgrund der Neuregelung uns eine Entlastung von CHF 2'00'000 bringen wird. Das war nicht der Fall, die Rechnung lag rund CHF 6'000'000 höher als ursprünglich budgetiert. Die Investitionen, die wir vorhaben, laut dem Finanzplan können nicht alle mit den operativ erwirtschafteten Mitteln finanziert werden. Wir können pro Jahr rund CHF 4'000'000 investieren, alles darüber müssen wir mit zusätzlichen Möglichkeiten finanzieren. Jetzt haben wir noch gewisse Unsicherheitsfaktoren, die in jedem Finanzplan eine Rolle spielen, einige hier ganz speziell. Die Investitionstätigkeit ist immer abhängig von verschiedenen Beschlüssen oder von verschiedenen Verfahren. Beispiel Feuerwehrmagazin, das konnten wir nicht so schnell realisieren aufgrund der Submissionsbeschwerde. Das hat dazu geführt, dass es eine zeitliche Verzögerung gegeben hat. Das kann natürlich auch im vorliegenden Finanzplan passieren. Die Auswirkungen der Pflegefinanzierung kennen wir noch nicht definitiv. Wir haben ab 2013 mit rund CHF 1'000'000 mehr gerechnet. Aber es könnte sein, dass es vielleicht noch mehr oder weniger ist. Beim Finanzausgleichsgesetz wissen wir noch nicht, in welche Richtung es geht. Der Gemeinderat hat dem zugestimmt. Das Geschäft wird im Einwohnerrat auch noch zur Behandlung kommen. Das letzte Wort liegt hier beim Einwohnerrat. Wir wissen nach wie vor nicht, wo die Finanz- und Wirtschaftskrise hingeht. Einmal gehen die Prognosen in die Richtung und einmal in die andere Richtung, effektiv wissen wir es erst im Nachhinein. Dann haben wir die Volksinitiative für eine Schuldenbremse. Es ist offen, was das Volk dazu meint und welche Auswirkungen dies effektiv für unsere Finanzlage haben wird. Ein weiteres Thema ist die Ausfinanzierung der Deckungslücke bei der BLKB, bei der Pensionskasse. Dort reden wir betragsmässig von einem Gesamtbetrag für die Gemeinde Allschwil von CHF 15'500'000, die wir, falls es so entschieden wird, ausfinanzieren müssten. Es ist möglich, dass dies auf 20 Jahre abzahlbar gemacht wird, dann wären es aber immer noch rund CHF 700'000 pro Jahr, die wir zusätzlich aufbauen müssten. Eine Steuersenkung von 1,5% hätte folgende Konsequenzen: Es würde einen Steuerertragsausfall bedeuten von jährlich CHF 1'100'000, respektive bis ins Jahr 2015 von rund CHF 5'500'000. Das Eigenkapital würde dementsprechend wesentlich tiefer ausfallen und im Jahr 2015 nur noch CHF 3'000'000 betragen gegenüber den budgetierten CHF 8'000'000, die laut HRM2 die Zielgrösse für die Gemeinde Allschwil wären. Ab dem Jahr 2012 hätten wir bereits eine schwarze Null und danach ganz sicher Defizite. Das würde zu einer tieferen Selbstfinanzierung führen und den Schuldenaufbau begünstigen. Die Fremdverschuldung würde zunehmen. Das würde letztendlich dazu führen, dass die finanzpolitischen Zielsetzungen aus der strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 bis 2014 ausserhalb unserer Reichweite rücken würden, also nicht mehr zu erreichen wären. Es geht nicht nur um geldmässige Zielsetzungen. Es würden auch andere Zielsetzungen nicht mehr erreichbar sein. Ich spreche Investitionen an, die dringend notwendig sind. In diesem Sinn ist es für den Gemeinderat klar, dass eine Steuersenkung von 1,5%, aber auch eine Steuersenkung von 1%, nicht in Betracht gezogen werden darf oder sie wäre nicht korrekt.

Bevor ich abschliesse, möchte ich der Fireko Danke sagen. Sie hat den Finanzplan umfassend geprüft und hat Ihnen Bericht erstattet. Mein Dank geht an alle involvierten Hauptabteilungen, die bei der Erstellung des Finanzplanes mitgewirkt haben. Ich beantrage Ihnen formell, den Finanzplan so zur Kenntnis zu nehmen.

Hans-Peter Tschui, Präsident Fireko: Die Schlussfolgerungen und Einschätzungen zu dem Finanzplan finden Sie in unserem Bericht. Erlauben Sie mir trotzdem ein paar Bemerkungen zu diesem Finanzplan. In der neueren Unternehmensplanung redet man von einer Zeitschrumpfung von den Planungswerten, von den Annahmen und Prognosen. Was heisst das? In der Unternehmensplanung in den 90er-Jahren haben die Unternehmen von einem Planungshorizont von fünf bis sieben Jahren geredet. Heute reden sie von drei Jahren. Das heisst, Annahmen und Prognosen in der Unternehmensplanung und in der Finanzplanung im Speziellen haben sich dramatisch verkürzt. Das heisst, Prognosesicherheit oder Gültigkeitsdauer von den Annahmen haben sich drastisch verkürzt. Das bedeutet für eine Finanzplanung, dass die Prognosesicherheit abgenommen hat. Wenn wir den vorliegenden Finanzplan uns vor Augen führen, dann bedeutet das, dass der Horizont von 1 bis 3 Jahren, also 2011 bis 2013, einigermassen verlässlich angeschaut werden darf. Was darüber hinaus geht, und das möchte ich mit aller Nachdrücklichkeit im Rat sagen, ist mit einer Genauigkeit von plus/minus 30% zu betrachten. Es wäre

falsch, in diesem Finanzplan Planungswerte in den Jahren 2014 und 2015 in einer Schwarz/Weiss-Darstellung als Tarif anzunehmen.

Eine zweite Bemerkung betrifft die Investitionsplanung. Der Gemeinderat macht eine vorbildliche Investitionsplanung. Insbesondere im Vergleich mit dem Kanton. Sie wissen, dass der Kanton in dieser Beziehung erheblichen Nachholbedarf hat. Die Investitionsplanung, die sich ausrichtet nach dem Nutzwert, nach der Priorität, ist vorbildlich und ein hervorragendes Planungsinstrument für die Investitionsvorhaben von der Gemeinde. Fazit: Der Finanzplan ist eine verlässliche Planungsgrundlage für sicher 2011 bis 2013. Was darüber hinaus geht, mache ich den Vorbehalt einer Genauigkeit von plus/minus 30%. Die Kommission empfiehlt, den Finanzplan zu genehmigen bzw. zur Kenntnis zu nehmen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur allgemeinen Beratung.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion hat sich intensiv mit dem Finanzplan auseinandergesetzt und mit dem Bericht der Fireko. Wir sind ebenfalls zum Schluss gekommen, dass eine solide Planung für die nächsten Jahre vorliegt bis 2015. Wir haben den Bericht bereits zur Kenntnis genommen und machen dem Einwohnerrat beliebt, den zur Kenntnis zu nehmen.

Josua Studer, parteilos: Ich war etwas erstaunt, dass niemand reden möchte, darum habe ich mich jetzt zu Wort gemeldet. Eigentlich wollte ich nichts sagen, aber es muss etwas gesagt werden, sonst sind wir kein Parlament. Ich halte mich kurz, wir kommen später zur ausführlichen Sache, die uns Gemeinderätin Nicole Nüssli ausreden wollte, Steuersenkung. Nur soviel: Ich hatte also keine Tränen in den Augen.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich mache auch nicht lange. Wir haben in der Fraktion diesen Plan studiert. Er hält die Ziele ein, respektiv hält sich an den gesetzten Zielen fest betreffend keine Neuverschuldung und Erhalt des Eigenkapitals. Wir finden es vorsichtig, vorausschauend, gut strukturiert und weitblickend gefasst. So weitblickend, wie es halt geht. Hans-Peter Tschui hat recht, es ist wie beim Wetter, je länger, desto schwieriger wird die Prognose. Nur beim Wetter nimmt die Genauigkeit zu. Ich hoffe, dass dies auch beim Finanzplan so ist. Ich merke, der Bericht schafft in mir Vertrauen, weil ich hinten dran Leute sehen, die sorgfältig arbeiten und auf der sicheren Seite sind. Darum haben wir Freude an dieser Art von Finanzplanung.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Detailberatung.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

1. Zusammenfassung

Keine Wortmeldung

2. Kommentar

Keine Wortmeldung

2.1 Annahme und Prognosen

Keine Wortmeldung

2.2 Planung laufende Rechnung

Keine Wortmeldung

2.3 Investitionsplanung Einwohnergemeinde

Keine Wortmeldung

2.4 Spezialfinanzierung

Keine Wortmeldung

Antrag

1. Rechtsgrundlage Methodik und getroffene Annahmen

Keine Wortmeldung

2. Finanzplanung 2011 bis 2015

Keine Wortmeldung

2.1 Einwohnergemeinde

Keine Wortmeldung

2.1.1 Finanzstrategie

Keine Wortmeldung

2.1.2 Laufende Rechnung

Keine Wortmeldung

2.1.3 Investitionen Verwaltungsvermögen

Keine Wortmeldung

2.1.4 Entwicklung Eigenkapital Selbstfinanzierung

Keine Wortmeldung

2.2 Spezialfinanzierung Wasserversorgung

Keine Wortmeldung

2.2.1 Finanzstrategien

Keine Wortmeldung

2.2.2 Laufende Rechnung

Keine Wortmeldung

2.2.3 Investitionen Verwaltungsvermögen

Keine Wortmeldung

2.2.4 Entwicklung Eigenkapital Selbstfinanzierung

Keine Wortmeldung

2.3 Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung

Keine Wortmeldung

2.3.1 Finanzstrategie

Keine Wortmeldung

2.3.2 Laufende Rechnung

Keine Wortmeldung

2.3.3 Investitionen Verwaltungsvermögen

Keine Wortmeldung

2.3.4 Entwicklung Eigenkapital Selbstfinanzierung

Keine Wortmeldung

2.4 Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung

Keine Wortmeldung

2.4.1 Finanzstrategie

Keine Wortmeldung

2.4.2 Laufende Rechnung

Keine Wortmeldung

2.4.3 Investitionen Verwaltungsvermögen

Keine Wortmeldung

2.4.4 Entwicklung Eigenkapital Selbstfinanzierung

Keine Wortmeldung

3. Zielerreichung Schlussfolgerung

Keine Wortmeldung

4. Antrag

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates und der Fireko:

Vom Finanzplan der Einwohnergemeinde sowie von den Finanzplänen der Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung wird Kenntnis genommen.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

570 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Berichte des Gemeinderates vom 13.10.2010 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 12.11.2010 zum Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2011, Geschäft 3954 / A

**Traktandum 2.1.0
Eintretensdebatte**

Kathrin Gürtler, Präsidentin: .Wir das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, dann erteile ich das Wort Gemeinderätin Nicole Nüssli.

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Es freut mich sehr, und da spreche ich dem Gemeinderat aus dem Herzen, dass Sie den Finanzplan 2011 bis 2015 einstimmig zur Kenntnis genommen haben. Das ist die Basis für die jetzigen Diskussionen im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2011. Der Budgetierungsprozess für den Voranschlag 2011 ist abgelaufen, wie er in den letzten Jahren immer abgelaufen ist. Budgetvorgaben des Gemeinderates sind der Verwaltung erteilt worden. Der Entwurf wurde departementsweise detailmässig besprochen. Die Fireko hat letztendlich den Voranschlag 2011 geprüft und jetzt liegt es an Ihnen, den Voranschlag 2011 zu diskutieren und am Schluss zu genehmigen. Zu den Budgetvorgaben: Die strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 bis 2014 war die Basis für die Erstellung des Voranschlages 2011, wie das auch letztes Jahr der Fall war. Dann hat der Gemeinderat der Verwaltung verschiedene Vorgaben gemacht. Einerseits hat der Gemeinderat die Vorgabe gemacht, dass ein Mehrertrag von mindestens CHF 1'500'000 generiert werden muss. Die CHF 1'500'000 sind deshalb zustande gekommen, weil man das Vorjahresergebnis angeschaut hat gemäss Budget 2010, dort sind wir von CHF 700'000 ausgegangen, plus die Einsparungen aufgrund der zusätzlichen Abschreibungen, rund CHF 800'000. Das ergibt zusammen die CHF 1'500'000. Weiter hat der Gemeinderat die Vorgabe gemacht, dass keine neuen ungebundenen Aufwände mit Ausnahme der Tagesschule budgetiert werden sollen. Im Investitionsvoranschlag werden nur Vorhaben berücksichtigt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit realisiert werden können, damit wir effektiv das im Budget drin haben, wo wir davon ausgehen dürfen, dass es getätigt werden kann. Die Ziele, die wir erreichen möchten, haben wir uns schon seit längerem gesetzt. Das ist einerseits die Plafonierung des Sachaufwandes, andererseits im Bereich Personalmutation. Jede Stelle, wenn sie gekündet wird, muss wieder angeschaut werden, ob sie neu zu besetzen ist. Bei den beeinflussbaren Aufwänden haben wir die eingeleiteten Sparmassnahmen weiter geführt, und, der letzte Punkt, keine nice-to-have-Ausgaben. Das war die Vorgabe des Gemeinderates.

Wie sieht der Voranschlag 2011 in Zahlen aus? Wir rechnen mit einem Aufwand von CHF 72'700'000, leicht unter dem Aufwand von 2010. Die Budgetierung ist CHF 72'700'000 Aufwand gegenüber einem Ertrag von CHF 76'300'000. Wir rechnen mit einem Mehrertrag von CHF 3'500'000. Bei der Investitionsrechnung gehen wir davon aus, dass wir Ausgaben tätigen können von CHF 13'400'000 und Einnahmen von rund CHF 200'000 verzeichnen können. Die Nettoinvestitionen sind also CHF 13'200'000. Das sind die Nettoinvestitionen mit der Spezialfinanzierung. Ohne die Spezialfinanzierung würden wir von Nettoinvestitionen von rund CHF 11'000'000 reden. Die Höhe der Investitionen ergibt sich aus einer Verschiebung von nicht realisierten Investitionen aus dem Jahr 2009 und 2010 ins Jahr 2011, und zwar in der Höhe von CHF 3'500'000. In einem Ergebnisvergleich des Budget 2011, Budget 2010 und der Rechnung 2009 sehen Sie, dass wir bei den Nettoinvestitionen im 2011 mehr oder weniger im Zusammenhang mit der Selbstfinanzierung auf dem Stand von 2010 liegen. Im 2009 ist dies komplett anders, dort hatten wir eine Selbstfinanzierung von CHF 14'800'000 und nur CHF 565'000 Nettoinvestitionen zu verzeichnen. Darum ist dort der Selbstfinanzierungsgrad so massiv in die Höhe geschneilt. Der Selbstfinanzierungsgrad, den wir uns gesetzt haben, dass er über 100% sein müsste, können wir hier nicht erreichen. Es wird einen Schuldenaufbau geben. Abweichungen zum Budget 2010. Der Aufwand ist rund CHF 196'000 tiefer, also praktisch gleich wie im Budget 2010. Demgegenüber haben wir beim Ertrag eine wesentliche Zunahme zu verzeichnen, nämlich rund CHF 2'600'000. Die wesentlichsten Änderungen liegen einerseits beim Personalaufwand, wo wir mit rund CHF 622'000 Mehraufwand rechnen. Das ist einerseits der Stufenanstieg und die Teuerung und andererseits der grössere Teil ist ein Betrag für die Lehrerbesehung, und zwar im Zusammenhang mit einem zusätzlichen Kindergarten und der Tagesschule. Dort müssen wir für die Lehrer einen höheren Besoldungsaufwand budgetieren. Auf der anderen Seite haben wir bei den Abschreibungen ein Minus zu verzeichnen, also einen Minderaufwand von rund CHF 872'000. Der Grund liegt darin, dass aufgrund der zusätzlichen Abschreibungen im 2009 von den CHF 10'700'000 die Abschreibungen um CHF 872'000 im 2011 tiefer ausfallen werden. Auf der anderen Seite haben wir bei den Passivzinsen ein Minus zu verzeichnen von rund CHF 175'000 Minderaufwand aufgrund des Schuldenabbaus, den wir letztes Jahr betreiben konnten. Auf der anderen Seite gibt es einen Mehraufwand von rund CHF 671'000, das liegt hauptsächlich am Finanzausgleich. Bezüglich den Steuern rechnen wir damit, dass wir rund CHF 3'000'000 mehr Steuereinnahmen verzeichnen werden, der allergrösste Teil bei den natürlichen Personen, rund CHF 2'700'000. Bei den juristischen Personen rechnen wir mit einer Zunahme von CHF 250'000, obwohl wir den Kapitalsteuersatz auf 2,75 Promille reduzieren mussten. Das ergibt eigentlich eine Einbusse von rund CHF 500'000. Trotzdem rechnen wir damit, dass die juristischen Personen bei den Steuereinnahmen um rund CHF 250'000 zulegen werden. Das sind die wesentlichsten Abweichungen zum Budget 2010. Bezüglich der Steuererträge kann ich Ihnen zeigen, wie sich das in den Jahren bis 2011 entwickelt hat. Ich habe Ihnen diese Folie beim Steuermonitoring zeigen können. Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen laufen in etwa parallel. Bei den juristischen Personen haben wir eine Zunahme zu verzeichnen vom 2007 ins 2008. Dort rechnen wir damit, dass es in etwa so weitergeht, wie es in den vergangenen Jahren lief. Bei den juristischen Personen ist es wichtig zu wissen, dass die Börsenentwicklung einer Firma respektive die Aktien einer Firma nicht parallel zum Gewinn und den Steuern steigen. Wenn wir in Allschwil eine Firma haben, die enorm viele Steuern zahlen, dann darf man sich nicht auf Berichte in der BAZ abstützen, wo drin steht, wie die Aktie an Wert zulegt. Das heisst nicht, dass der Gewinn im gleichen Verhältnis steigt und demzufolge auch die Steuereinnahmen.

Zu den Investitionen, die wir im 2011 tätigen möchten. Sie sehen hier, dass der wesentliche Anteil in die öffentliche Sicherheit geht, in Kultur und Freizeit, in Verkehr und in Bildung. Bei der öffentlichen Sicherheit ist es zum grössten Teil das Feuerwehrmagazin mit CHF 2'600'000. Bei Kultur und Freizeit ist der grösste Teil der CHF 4'000'000, nämlich CHF 3'900'000, der Erwerb des UBS-Areals neben dem Sportplatz vom FC Allschwil im Brühl. Wir gehen davon aus, dass wir es für diesen Wert kaufen können. Beim Verkehr sind es hauptsächlich verschiedene Sanierungsarbeiten, Strassenbau. Wir gehen davon aus, dass wir von den CHF 1'900'000 rund CHF 1'300'000 dafür verwenden können. Beim UBS-Areal ist es klar, dass es eine Sondervorlage geben wird, die Sie im Einwohnerrat beschliessen können. Das Budget hat nur orientierenden Charakter.

Aufgrund dieser Folie sehen Sie den Anteil, welches die grossen Brocken sind, bzw. wohin unsere Investitionen gehen. Kultur und Freizeit mit rund einem Drittel, öffentliche Sicherheit mit rund einem Viertel und dem Verkehr mit rund einem Sechstel. Das ist die gleiche Folie, die ich vorhin gezeigt habe, in Zusammenhang mit dem Finanzplan. Es ist keine einfache Folie, aber es ist wichtig, dass ich Sie nochmals darauf hinweise auf das Zusammenspiel der verschiedenen Kennzahlen. Das Zusammenspiel der Selbstfinanzierung mit den Nettoinvestitionen, das Zusammenspiel laufende Rechnung mit Eigenkapital und das dritte Zusammenspiel Ergebnis laufende Rechnung und die Selbstfinanzierung. Sie sehen, dass im Jahr 2006 die Selbstfinanzierung massiv eingebrochen ist. Eine Erholung der Selbstfinanzierung war erst im Jahr 2007 aufgrund der ausserordentlichen Ergebnisse im 2008 und 2009 möglich. Diese Grafik ist nicht ganz realistisch, weil Budgetwerte 2010 und keine Hochrechnung

dargestellt wird. 2010 sind nur die Budgetzahlen und nicht die Hochrechnung, die ich vorhin geschildert haben. Wir gehen davon aus, dass wir die Rechnung 2010 mit rund CHF 3'200'000 Aufwandsüberschuss abschliessen werden. Dann sieht dieser Teil der Folie natürlich anders aus. Es ist wichtig, dass Sie das Zusammenspiel sehen: Nettoinvestitionen/Selbstfinanzierung. Wenn die Nettoinvestitionen grösser sind als die Selbstfinanzierung, dann führt das zu einer Zunahme der Fremdvverschuldung, das heisst, dass wir Geld aufnehmen müssen. Das ist im Jahr 2004, 2006, 2010 und 2011 der Fall. Nur ein positives Ergebnis der laufenden Rechnung führt zu einem Aufbau des Eigenkapitals im nächsten Jahr. Wenn wir einen negativen Abschluss haben, dann führt dies zu einer Reduktion des Eigenkapitals im nächsten Jahr. Das gilt es zu vermeiden, deshalb legen wir allen Wert darauf, dass wir bei einem Steuerfuss von 58% bleiben.

Ergebnis 2011 der Spezialfinanzierungen. Sie sehen hier aufgrund dieser Folie, wie sich der Selbstfinanzierungsgrad darstellt der Wasser/Abwasserrechnung und der Abfallrechnung. Sie sehen weitere Positionen, die Nettoinvestitionen. Die Nettoinvestitionen beim Abfall haben praktisch keine Bedeutung, die kann man dort quasi vergessen. Bei der Wasserversorgung haben wir nach intensiven Verhandlungen den Durchleitungspreis der IWB senken können. Eine Gebührenerhöhung muss voraussichtlich nicht in Betracht gezogen werden. Sogar ohne Gebührenerhöhung kann das Eigenkapital von CHF 3'000'000 bis 2015 gebildet werden, was ja das Ziel ist.

Bei der Abwasserrechnung gehen wir davon aus, dass wir hohe Investitionen tätigen werden, rund CHF 600'000. Wir werden aber tiefere Anschlussbeiträge haben, aufgrund der Revision des Wasserreglements. Das führt bekanntlich zu diesem tiefen Selbstfinanzierungsgrad. Das Eigenkapital, das wir hier haben, kann im 2011 noch nicht abgebaut werden, sondern erst in den nächsten Jahren. Bei der Abfallrechnung ist nochmals darauf hinzuweisen, dass wir eine Gebührensenkung budgetiert haben von CHF 2.30 auf CHF 2.10, auch wenn es dadurch einen Aufwandsüberschuss gibt. Das liegt im Rahmen unserer finanzpolitischen Zielsetzungen bei der Spezialfinanzierung Abfall.

Bei der Zielerreichung, Steuerfuss unverändert bei 58%, ist dies gemäss dem Gemeinderat erreicht. Die Sparvorgaben wurden eingehalten, das Eigenkapital konnte aufgebaut werden, einen ausgeglichenen Finanzhaushalt haben wir auch erreicht. Die Nettoinvestitionen sind leider kleiner als die Selbstfinanzierung und ein Schuldenabbau war auch nicht möglich. Die Konsequenzen einer Steuersenkung von 1,5%, diese Folie haben Sie vorhin schon gesehen, ich möchte Sie aber trotzdem kurz einblenden. Es haben sie vorhin alle verstanden und ich gehe davon aus, dass es auch jetzt verstanden wird. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass eine Steuersenkung noch nicht vorgenommen werden darf. Ich möchte mit einem Dank abschliessen an alle, die beim Budgetierungsprozess mitgearbeitet haben. Es war eine intensive Zeit mit viel Arbeit, die hervorragend geleistet wurde. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, das Budget 2011 zu genehmigen, den Steuerfuss unverändert bei 58% festzulegen, die Steuersätze juristischer Personen und die Feuerwehersatzabgabe unverändert bei 6% der Gemeindesteuer festzulegen. Ich habe geschlossen und freue mich auf eine intensive Diskussion.

Hans-Peter Tschui, Präsident Fireko: Was soll man zu so einem Budget sagen? Es ist ein erfreuliches und hervorragendes Budget. Die Rechnungsabschlüsse der Vorjahre, unter Vorbehalt vom 2010, finden in diesem Budget eine eindrucksvolle Bestätigung. Wir haben einen Ertragsüberschuss von CHF 3'500'000 und das trotz der Senkung der Kapitalsteuer von 3,5 auf 2,75 Promille. Dem Bericht der Fireko ist nicht viel beizufügen. Eine Bemerkung möchte ich trotzdem machen: Es wurde immer wieder kolportiert, dass der Gemeinderat mit Bedacht die Steuern knapp budgetieren, damit der Druck auf dem Kessel genug hoch bleibt, sodass wir die Ausgaben grad decken können. Dem bin ich nachgegangen und ich habe vom 2005 bis 2009 geschaut, wie sich das verhält, die budgetierten Steuererträge zu den effektiven abgegrenzten Steuereinnahmen. Da stellen wir folgendes fest, dass bei den natürlichen Personen der Abweichungsdurchschnitt bei 1,5% liegt, schwankt zwischen -2% bis 4,7%. Das ist eine deutliche Aussage über die Qualität des Budgets bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Erwartungsgemäss sieht das bei den juristischen Personen anders aus. Bei den juristischen Personen haben wir ein Schwankungsmittel von 30,8%. Das schwankt von 4,6% bis 69% in diesen fünf Jahren. Bei der Quellensteuer, auch im gleichen Zeitraum, liegt das Mittel bei 12,8%, schwanken tut es von 7,5% bis 16%. Das ist eine deutliche Antwort, dass vor allem die Budgetierung bei den Steuererträgen bei den natürlichen Personen fast eine Ziellandung ist. Ich möchte mir die Bemerkung zur Finanzlage der Einwohnergemeinde Allschwil nicht verkneifen. Ich möchte sie nicht als verkrampt oder als entspannt bezeichnen. Eine dunkle Wolke, das ist meine persönliche Meinung, sehe ich keine am Finanzhimmel. Die Lage hat sich deutlich entspannt. Wir dürfen, wenn wir uns das Budget 2011 zu Gemüte führen, sehr zuversichtlich in die Zukunft schauen. Zum Abschluss möchte ich mich bei der Kommission für die sehr kollegiale und erspriessliche Zusammenarbeit bedanken. Gleichzeitig möchte ich das gleiche machen bei

der Gemeinderätin Nicole Nüssli und bei Dieter Pfister, Hauptabteilungsleiter Finanzen und Steuern, und seinem Team. Es ist eine ausgesprochen gute Zusammenarbeit, die auch unter dem Jahr auf informellem Wege unsere Arbeit sehr erleichtert.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen jetzt zur allgemeinen Beratung des Budgets, danach folgt die Beratung über die Budgetpostulate, gefolgt von der Detailberatung und am Schluss die Beratung über die Budgetpostulate, die den Steuerfuss zum Inhalt haben. Ich eröffne die allgemeine Beratung.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich werde in meinem Votum nicht nochmals alle tollen Inputs meiner Vorredner und Vorrednerinnen wiederholen. Zum Budget ist alles gesagt und in unserer Fraktion wurde keine nennenswerte Frage oder Kritik dazu geäussert, ausser der einen Feststellung, dass im Fireko-Bericht deutlich zu den 58 natürlichen Steuerprozenten geredet wird und später die Fireko nicht mehr ganz einheitlich diese 58% wollte bei der Budgetpostulatsabstimmung. Das ist die einzige Feststellung, die die Fraktion SP/EVP zu diesem Budget gemacht hat. Das Budget sieht zahlenmässig zwar gut oder beruhigend aus, aber es warten grosse Aufgaben und Ausgaben auf uns, die wir zum Teil schon lange vor uns hergeschoben haben, die Schulhäuser und andere Sachen. Umso schöner, dass wir mit dem finanziellen Polster an diese Aufgabe gehen können.

Und jetzt noch etwas persönliches von mir, Ich bin schon länger in der Fireko und kann dies beurteilen. Ich stelle fest, dass in den letzten Jahren unsere Gemeindefinanzen sehr vorbildlich verwaltet werden. Ich habe in den letzten Tagen gehört, dass nicht alle Gemeinden in der Region das gleiche Vorrecht haben. Ich möchte hier Dieter Pfister und seinem Team danken für ihre grossartige Arbeit und allen Beteiligten.

Josua Studer, parteilos: Für mich ist es die achte Budgetdebatte, an der ich aktiv dabei bin. Mit Genugtuung stelle ich fest, dass nach all diesen Jahren so wenige Budgetpostulate da sind. Als ich eingetreten bin in den Einwohnerrat hatten wir eine Flut und hatten fast Angst, dass wir zwei Abende an diesen Budgetpostulaten haben. Es war wichtig, dass wir diese hatten, denn das hat die Verwaltung dazu gebracht, uns bessere Budgets vorzulegen. Ich habe eine Freude, dass heute so gut gearbeitet wird in der Verwaltung und in der Fireko, dass ich den Vorschlag anschauen konnte und mich gefragt habe, was ich noch schreiben soll. Das ist doch auch vorteilhaft, wenn dies passiert, dass ich nichts zu schreiben habe. Das zeigt ganz klar, dass die Arbeit, die auch hier im Einwohnerrat gemacht wurde, seine Früchte trägt. Wir haben auch zum Sparen beigetragen und wir haben der Verwaltung geholfen mit unseren Aufträgen, dass sie besser arbeiten kann. Wir haben sie unterstützt und so gesehen haben wir heute das Budget, das hier vorliegt. Freude herrscht, diesen Spruch kennt man, aber den kann man immer wieder bringen. Wer hätte das geglaubt, dass eine Fireko sogar selber eine Steuersenkung begrüsst, auch wenn im ersten Bericht, den sie herausgegeben hat, sie noch etwas anderes geschrieben hat. Es heisst hier auch immer, dass man schlauer werden darf, wenn man mehr Fakten hat. Fakten müssen nicht zwingend auf dem Papier sein, dass man mehr Wissen hat. Man sieht, dass sich die Fireko Gedanken gemacht hat und sie ist zu einem anderen Schluss gekommen als beim ersten Bericht. Wenn ich zurückdenke, wie ich hier drin gegeisselt wurde, weil ich einen Steuersenkungsantrag gestellt habe, und dass ausgerechnet diese Person, die mich am meisten gegeisselt hat, heute dies gut findet, finde ich toll und lässig. Da sieht man aber auch, dass auch innerhalb eines Jahres sich so viel verändert hat, dass es heute auch für diese Person möglich ist und für viele andere auch. Ich hoffe ganz fest, dass wir heute Abend ein Zweidrittelmehr hinkriegen. Das Zweidrittelmehr brauchen wir, sonst versteht uns die Bevölkerung nicht. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Bevölkerung eine andere Meinung hat als der Einwohnerrat. Wenn das so weitergeht, dann ist dies der erste Schritt zur Gemeindeversammlung. Dann können die Leute, die am Thema interessiert sind, hierhin kommen. Dann geht es nicht mehr lange, dann haben wir mehr als die paar Prozente Steuersenkung, die jetzt im Raum steht.

Ich habe noch ein Budgetpostulat, Nummer 5. In Anbetracht der Ausführungen des Gemeinderates und der Situation, dass dies angedacht wurde und mit den Vorstössen, die wir heute Abend kurz angetönt haben und behandeln werden, ziehe ich dieses zurück. Dann haben wir ein paar Minuten mehr, um über die Steuersenkung zu sprechen.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Im Namen der FDP/GLP erlaube ich mir ein gemeinsames Votum zum Budget und Finanzplan abzugeben, weil dies sachlich zusammen gehört. Auch wir sind hoch erfreut darüber, dass sich die Gemeindefinanzen in den letzten Jahren grundlegend verbessert haben. Wir stellen fest, dass sich die budgetierten Steuererträge 2011 gegenüber 2007 um fast CHF 6'000'000 erhöht haben. Die Schulden konnten massiv abgebaut werden und der Finanzplan sieht in den nächsten

fünf Jahren einen Überschuss von fast CHF 6'000'000 vor. Drei Anmerkungen zu dem, was Gemeinderätin Nicole Nüssli gesagt hat wegen dem Eigenkapital. Das Eigenkapital 2011 ist auf CHF 6'000'000 angesetzt. Nicht berücksichtigt sind die stillen Reserven, die man bilden konnte durch die ausserordentlichen Abschreibungen und die Vorfinanzierung von CHF 20'000'000. Man wäre tatsächlich CHF 20'000'000 besser, hätte man das dort nicht gemacht. Auch nicht berücksichtigt bei der Schuldenanalyse ist der Umstand, dass man den Schulhausverkauf Bettenacker in Aussicht gestellt hat. Dort würde eine weitere Liquidität zufließen. Ich würde mich dann auch dem Votum von Hans-Peter Tschui anschliessen, dass äusserst konservativ budgetiert wird. Die Steuererträge 2011 sind rund CHF 5'000'000 tiefer als die Erträge in den beiden Vorjahren.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Als Mitglied der Fireko möchte ich auf die gute Zusammenarbeit hinweisen. Dieses Jahr war das Zeitfenster sehr knapp. Wir sind alle in die Hosen gestiegen und konnten unsere Arbeit trotzdem termingerecht abliefern. Es gab einen Fragenkatalog und wir haben toll Auskunft erhalten, da ist eine grosse Transparenz. Wir Grünen freuen uns, dass wir zuversichtlich in die Zukunft schauen können und dass wir das "nice-to-have", dass wir ein paar Jahre gehört haben, vielleicht etwas weniger hören werden. Gewisse Ideen, die mit Postulaten kommen, könnten mutig, innovativ und nachhaltig umgesetzt werden. Wir danken dem Gemeinderat, Dieter Pfister und allen, die am Budget mitgearbeitet haben, sehr herzlich. Wir Grünen werden den Anträgen des Gemeinderates folgen.

Hans-Peter Tschui, Präsident Fireko: Um Missverständnissen vorzubeugen, ich rede im Namen der Fireko. Die Fireko hat bei der Beratung des Budgets bewusst keine Grundsatzdebatte zum Steuersatz geführt. Deshalb ist im Bericht der Fireko zu den Anträgen des Gemeinderates kein Kommentar zur Steuersenkung. Die Fireko hat die Frage des Steuersatzes erst debattiert und einen Beschluss gefasst bei der Beratung der Budgetpostulate.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Auch ich werde zum Finanzplan und Budget sprechen. Es geht in erster Linie um unseren Antrag zur Steuersenkung. Wenn wir den Finanzplan anschauen, dann sieht man, dass hier sehr konservativ budgetiert wurde, was die Steuererträge betrifft. Das ist kein mittelschwerer Vorwurf, denn es ist richtig, dass man bei den Einnahmen konservativ budgetiert, denn man will sicherstellen, dass man nicht mehr ausgibt, als man einnimmt. Dann hat man hier eine manuelle Korrektur gemacht mit dem Finanzausgleich, die auch sehr grosszügig beim Steuerertrag abgezogen wird. Man muss auch berücksichtigen, dass der Steuerfuss jedes Jahr festgelegt wird. Wenn es zu Abweichungen kommt, dann kann er jedes Jahr geändert werden. Wir reden hier nicht von einer Steuerfussenkung über Jahrzehnte, sondern von einem einzelnen Jahr. Wie auch Josua Studer ist auch mir aufgefallen, dass nicht viele Budgetpostulate eingegangen sind. Budgetpostulate sind schwierig, man kann beim einzelnen kaum sehen, um was es geht. So kann man keinen Finanzbereich steuern, wo es immerhin um die Bilanzsumme von fast CHF 80'000'000 geht. Wir haben wenige Instrumente, wie wir den Finanzhaushalt der Gemeinde steuern können. Eines ist die Schuldenbremse, die jetzt vor das Volk kommt und das andere ist der Steuersatz. Wenn wir die umliegenden Gemeinden anschauen, dann ist es erstaunlich, dass sie alle tiefere Steuern haben, sogar Münchenstein konnte den Steuerfuss um 2% senken, und sie kommen doch alle auf einen grünen Zweig, ausser wir, die so gute Steuerzahler bekommen haben. Es sind zwar wenige, aber wir haben sie bekommen und alle Gemeinden beneiden uns darum. Wenn man mehr Geld einnimmt, als man braucht, dann steigen automatisch die Ausgaben, weil dann politische Begehrlichen aller Couleurs da sind. Wir haben ein Leistungsniveau, das nicht interkantonal und national, sondern auch international topp ist. Wir haben alles, was man sich wünschen kann. Darum müssen wir darauf schauen, dass wir nicht noch mehr Leistungen machen und den Perfektionismus auf die Spitze treiben. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht zu viel eingenommen wird, sondern immer nur so viel, wie man auch wirklich braucht. Wenn wir international schauen, dann sehen wir ein Krisenjahr im Währungsbereich, im Schuldenbereich, und die Gemeinde Allschwil macht ein Plus. Wenn sich das so weiter entwickelt, dann können wir positiv in die Zukunft schauen. Die FDP und die GLP wollen, dass den Steuerzahlern nicht mehr Geld aus der Tasche gezogen wird. Wir möchten nicht, dass die politischen Gremien noch mehr Geld zur Verfügung haben, um noch mehr auszugeben. Jede erwachsene Person soll entscheiden, für was sie das Geld ausgibt und nicht die Politiker in einem Bereich, wo es nicht mehr nötig ist. Darum sind wir für eine Steuersenkung. Eine Steuersenkung ist auch eine Investition in die Zukunft. Jeder Vergleich zeigt, dass Gemeinden und Kantone, die tiefe Steuersätze haben, mittel- und langfristig besser dastehen. Allschwil sollte diesen Schritt vorwärts machen, in einigen Jahren werden wir noch bessere Steuerzahler haben. Ich bitte Sie um Zustimmung zu jedem Antrag um Steuersenkungen, den Anträgen von Josua Studer und unserem Antrag bzw. dem der Finanzkommission.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Erlauben Sie mir eine Bemerkung allgemeiner Art. Auf Seite 3 im vorliegenden Budget haben wir eine wunderbare Zusammenfassung auf einen Blick. Als dies zum ersten Mal gemacht wurde, das war vor Jahren, habe ich den Gemeinderat gelobt und fand das toll. Man sieht alles auf einen Blick. Dieses Jahr bin ich nicht mehr gleicher Meinung. Auf Seite 3 fehlt mir die Kolonne Rechnung 2009. Wenn Sie das Detailbudget anschauen, dann sieht man den Voranschlag 2011, den Voranschlag 2010 und die Rechnung 2009. In der Zusammenfassung auf Seite 3 fehlt die Rechnung 2009. Wir haben wohl eine Kolonne Veränderung, da schauen wir die Veränderung an zwischen dem Budget 2010 und 2011. Wie das Budget 2010 ist, habe ich keine Ahnung, aber ich habe eine Ahnung, wie die Rechnung 2009 war, denn die ist definitiv. Wohin will ich? Nicole Nüssli hat in ihrem Vortrag gesagt, dass wir mehr Steuereinnahmen haben gegenüber dem Vorjahr, CHF 3'000'000. Effektiv haben wir weniger Steuereinnahmen budgetiert, als wir es im 2009 hatten. Im 2009 hatten wir CHF 59'000'000 Steuereinnahmen und jetzt budgetieren wir CHF 54'000'000. Die Begründung des Gemeinderates ist klar, ich habe sie gelesen. Das BAK und alle sagen, dass es schlechter wird, bzw. die Berechnungen des BAK sind so. Ich kann dem nicht folgen. Wenn wir im 2009 CHF 59'000'000 Steuereinnahmen hatten, dann ist es falsch, mit jeder vorsichtigen Budgetierung und allen Wenn und Aber, wenn hier CHF 54'000'000 steht. Das ist Punkt 1, den ich sagen wollte.

Punkt 2 ist, dass ich den Text oben nicht verstehe. Wir schreiben, dass wir einen Mehrertrag budgetiert haben von CHF 3'500'000, in der dritten Zeile. Dann schreiben wir irgendetwas von einem voraussichtlichen Mehraufwand von CHF 3'200'000. Wie muss ich das verstehen? Ich verstehe es im Moment so, dass wir CHF 3'500'000 Mehreinnahmen budgetiert haben. Irgendwann kommt ein voraussichtlicher Mehraufwand von CHF 3'200'000 aus dem Jahr 2010. Wie muss ich das handhaben? Reden wir von einem Budgetüberschuss von CHF 300'000 oder kommen diese CHF 3'200'000 in der Rechnung 2010? Das ist mein grosses Fragezeichen zu dieser Seite, die ich eigentlich in den Vorjahren verstanden habe. Jetzt habe ich gewisse Probleme, aber das kann mir heute Abend sicher jemand sagen, wie ich das verstehen darf. Vorläufig danke ich vielmals.

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Der Gemeinderat rechnet aufgrund einer Hochrechnung, dass der Abschluss 2010 einen Aufwandsüberschuss von CHF 3'200'000 ergeben wird. Wir werden einen Mehraufwand haben im 2010 bei der Rechnung 2010, voraussichtlich von CHF 3'200'000. Das Budget 2011, über das diskutieren wir heute primär, sieht vor, dass wir einen Ertragsüberschuss von CHF 3'500'000 haben werden. Das ist das, was man verstehen muss und kann. Ich hoffe, ich konnte das erklären.

Die Steuereinnahmen gemäss Rechnung 2009 von CHF 59'800'000 sind so drin, das ist richtig. Aber bei der Rechnung sind auch immer die Steuerabgrenzungen drin. Diese Position haben wir hier drin schon mehrmals diskutiert. Diese Abgrenzungen sind Steuereinnahmen der Jahre vorher, nicht nur vom 2009, und effektive Steuereinnahmen. Darum kommen wir dort auf CHF 59'800'000. Wenn man aber die effektiven Steuereinnahmen 2009 anschaut, dann wären sie tiefer, wenn ich das richtig im Kopf habe.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann machen wir jetzt Pause bis 19.55 Uhr.

PAUSE

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich habe zwei Mitteilungen, die ich kurz loswerden möchte. Die erste betrifft das Wahlbüro. Wir hatten dort eine Art Überfall aufs Wahlbüro in Neuallschwil an der Baslerstrasse Schulhaus Musikschule. Dort wurde eine Urne gestohlen von sechs bis sieben wahrscheinlich jugendlichen maskierten Menschen. Sie haben diese Urne mitgenommen und verbrannt, insbesondere 20 Wahlzettel und die Urne selber. Wir verurteilen diese Vorgehensweise im Gemeinderat ganz klar und haben verlangt, dass alles daran gesetzt wird, dass die Urheber dieser Straftat bestraft werden können. Darum ist ein Strafverfahren pendent. Wir kennen den Ausgang noch nicht, wir wissen zurzeit auch nur aus den Medien, dass die Täterschaft als solche bis heute noch nicht bekannt ist und wir hoffen sehr, dass sie noch bekannt wird.

Der zweite Punkt ist, dass wir angekündigt haben, im IT-Bereich eine Vertiefungsprüfung zu machen von der BDP Visura. Sie hat den gestammten Bereich IT überprüft. Vielleicht haben Sie es bereits gelesen,

diese Prüfung ist positiv verlaufen und wir haben nun eine exquisite Ausgangslage für die weiteren Anstellungen im Bereich IT. Die Arbeitenden können in Zukunft auf einer klar bereinigten Ebene aufgenommen werden können im Jahr 2011.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich erlaube mir hier ganz schnell im Anhang von Gemeindepräsidenten Anton Lauber etwas zu sagen zur Urnengeschichte. Ich selber, wie ihr wisst, bin ein strenger Urnengänger, nicht am Friedhof, sondern bei den Wahlen und Abstimmungen. Ich war im Bettenacker und habe am Sonntagmorgen erfahren, was dort passiert ist im alten Schulhaus. Ich habe am Nachmittag an alle Parteipräsidenten und Parteipräsidentinnen eine Mail geschrieben, eine Einverständniserklärung, dass wir uns von dieser Aktion distanzieren. Ich als Erstunterzeichner, Cedric Roos als Zweitunterzeichner, Roland Näf als Dritunterzeichner. Am Abend hatte ich alle und habe das entsprechend an die Presse weitergeleitet mit einer Mitteilung an alle Präsidien, falls sie noch mehr Presse haben, dies weiterzugeben. Ich bin sehr erschrocken ab der Mitteilung der SVP von ihrem Präsident, dass die SP für die Aufklärung aktiv namentlich den Finger herausnehmen soll und zur Aufklärung beitragen soll. Die SP hat eine Adresse in Allschwil, Parkallee 61, unter dem Namen Jean-Jacques Winter. Ich bin 31 Jahre aktiv in Allschwil politisch tätig, länger als der Schreiber von diesem Artikel strampeln kann. Ich war zuerst sehr wütend. Mein Ziel war, dass alle Parteien klar kund tun können: So nicht. Ich musste dies einfach kurz loswerden. An einem sonnigen Morgen, lachend im Schulzimmer, sunny side, vers le soleil, kam mir einer. Auch wenn die Sonne von der Weisheit nicht weit über den Horizont steigt, dann wirft sie sehr lange Schatten. Ich finde es schade, dass es passiert ist und bin betroffen, und die ganze SP auch. Alle Parteipräsidenten sind dahinter gestanden zusammen mit dem Gemeinderat, dass es so nicht weitergehen kann. Dieser Faux pas war etwas viel.

Cedric Roos, 1. Vizepräsident: Ich möchte klarstellen, dass von mir und der SVP keine expliziten Anschuldigungen gemacht wurden. Leider müssen wir feststellen, dass dieser Vorfall einer in einer Reihe ist von vielen. Davon gehört die Vertreibung von uns aus der Uni Lausanne, dazu kommen Verwüstungen von Parteilokalen und andere Wahlanschläge. Das war einfach einer mehr. Ich möchte keine Anschuldigungen gegen irgendjemand machen. Ich bezweifle, dass die SP schuld daran ist oder irgendetwas damit zu tun hat mit diesem Vorfall. In diesem Fall kann Sozialkontrolle und euer gut vernetztes Gespür mehr erreichen als die Polizeiarbeit.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich möchte hier keine Diskussion zu diesem Thema führen. Wir sind alle dazu aufgerufen, dass wir zu dieser Aufklärung beitragen, das betrifft alle von uns und alle Parteien. Wenn wir es so deklarieren, dann können wir das Thema so abschliessen.

Ich möchte den Rat darüber informieren, dass wir im Büro beschlossen haben, heute Abend bis und mit Traktandum 4 zu behandeln und es wird nicht um 21.00 Uhr Schluss sein.

571 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.2

Budgetpostulat Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, betreffend Restaurant Mühle – Position 942 503.02, Geschäft 3954B.3

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Wie bereits in der Begründung zum Budgetpostulat der SP/EVP-Fraktion erwähnt, scheint uns der Hinweis auf Seite 78 vom Voranschlag vom Gemeinderat zur Liegenschaft Restaurant Mühle bezüglich Planungskredit etwas schleierhaft. In den Erläuterungen des Gemeinderates wurden die CHF 245'000 aufgeschlüsselt und es fällt dann auf, dass der Planungskredit mit CHF 150'000 sehr hoch ist. Wir gehen davon aus, das wurde auch in der Antwort des Gemeinderates erwähnt, dass dies mit grösster Sicherheit für die Sanierung, die haustechnischen Installationen, eingesetzt wird. Für die Höhe des Planungskredits sprechen normalerweise zwei Argumente. Entweder ist der Sanierungsbedarf enorm gross oder er muss sehr genau geplant werden. Wir finden, dass das Restaurant Mühle bezüglich der Sanierung eine sehr grosse Herausforderung sein könnte. Einerseits ist das Gebäude bezüglich Heimatschutz sicher wertvoll und somit schützenswert, andererseits gibt es heute grosse Vorschriften bezüglich eines Betriebs des Restaurants, beispielsweise Hygiene und die dazugehörige Infrastruktur. Somit sind zwei Forderungen gewissermassen im Widerspruch. Wir haben ein modernes Restaurant und einen schützenswerten Altbau. Damit kein Fass ohne Boden entsteht, bitten wir den Gemeinderat um mehr Details zu den geplanten Investitionen. Insbesondere haben wir

einen Stall oder eine Heubühne daneben, der seit Jahren als notdürftige Ausstellungsräumlichkeit genutzt wird. Wir sind erfreut, dass die Fireko dies ebenfalls so sieht und unseren Budgetantrag unterstützt. In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Budgetantrag, Streichung des Posten 942.503.02, CHF 245'000 betreffend Restaurant Mühle zu unterstützen und zu warten bis der Gemeinderat uns eine detaillierte Vorlage anbietet.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das Budgetpostulat zur Mühle steht für uns im Moment ein bisschen schräg in der Landschaft. Ich möchte kurz erläutern, warum dies der falsche Zeitpunkt ist. Am 13. November 2009 hat der Gemeinderat an einem Seminar eine Immobilienstrategie für sämtliche Gebäude im Besitz der Gemeinde Allschwil beschlossen, darunter auch das Restaurant Mühle und der Mühlestall. Das Restaurant Mühle war eine Idee, die in den 70er-Jahren entwickelt wurde und in den 80er-Jahren umgesetzt wurde. Es ist etwa 30-jährig. Das Restaurant ist repräsentativer Ort und der Mühlestall hat nicht wenige bemerkenswerte kulturelle Anlässe in der Vergangenheit beherbergt. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es etwas kosten darf. Wir haben nicht nur ein schützenswertes Gebäude, sondern wir haben ein Gebäude unter kantonalem Schutz. In einer Situationsanalyse kann man festhalten, dass das Restaurant mit der ganzen Haustechnik und mit allen Innenteilen etwa 30-jährig ist. Die Küche, die Wirtewohnung und die ganze Haustechnik sind bald am Ende ihrer Lebensdauer anbelangt. Zusätzlich, und jetzt komme ich zum Punkt, weshalb es zeitlich schräg in der Landschaft steht, hat das Wirtepaar gekündigt und zwar nach dem Budgetierungsprozess auf den 31. Juli 2011. Der Stall und das Restaurant sind wichtig für das öffentliche Leben und das Kulturleben in Allschwil. Nicht zuletzt gehen dort viele Leute von Geschäften mit ihren Gästen essen. Die Gesetzgebung hat sich im Restaurantbereich enorm verändert seit den 80er-Jahren und das muss man auch berücksichtigen, wenn man über das Restaurant Mühle redet. Jetzt darf ich um die Folie 1 bitten. Unbestritten sind die Positionen 1 – 3. Die Aussentreppe und die Stützmauern erneuern mit CHF 35'000, sowie Mobiliarersatz und Innensanierung sind nicht bestritten. Die Frage ist, was mit dem Haustechnik-Sanierungskonzept gemacht werden soll. Die CHF 150'000 brauchen wir, um die anstehenden Sanierungen zu planen. Es ist komplex, es handelt sich um Heizung, Sanitär, Elektro und die Lüftung. Wir haben uns das folgendermassen vorgestellt. Da am 31. Juli das Pachtverhältnis mit dem momentanen Pächter endet, möchten wir vier Monate Zeit haben, um die folgenden Sanierungen auszuführen. Die Sanierung von der Restaurantküche wird von uns mit rund CHF 250'000 veranschlagt. Die Instandsetzung der Wirtewohnung braucht ungefähr weitere CHF 100'000. Das heisst, wir würden den Einwohnerrat mit einem Verpflichtungskredit von rund CHF 350'000 anfangs nächstes Jahr hier drin bitten. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass Betrieb ab November oder Dezember 2011 wieder möglich ist, so dass wieder etwas reinkommt. Wir kennen den genauen Zustand der Haustechnik nicht. Wir haben im Sinn, dass wir in den folgenden Jahren immer zu den Betriebsferien vom zukünftigen Pächter oder von den zukünftigen Wirten einen Teil sanieren der Haustechnik. Das muss in einem ganzheitlichen Konzept geplant werden und es ist, wie es Andreas Bammatter gesagt hat, eine sehr detaillierte Planung, die notwendig ist. Darum muss man ein bisschen mehr Planungsgeld als üblich in die Hand nehmen. Der Einwohnerrat beschliesst heute Abend mit allen Konsequenzen über das Weiterbestehen vom Restaurant Mühle und eventuell sogar über den Mühlestall. Folie 3 bitte. Keine Planung heisst keine Sanierung. Keine Sanierung heisst keinen weiteren Restaurantbetrieb, weil dies nicht möglich ist ohne die nötige Sanierung. Bei der Annahme des Budgetpostulats suchen wir keinen Pächter mehr. Wir analysieren das Gebäude nach unserem Strategieschlüssel für Liegenschaften. Wenn keine Nutzung für die Verwaltung dort möglich ist, dann bringen wir die beiden Gebäude, Mühle und Mühlestall, auf den Markt, in welcher Form auch immer.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Für uns als Fraktion und die Fireko ist der Tatbestand, dass es zu einem Pächterwechsel kommt, ein neuer Aspekt. Der Sprechende hat in einer verantwortlichen Führungsfunktion Zustandsanalyse und Investitionsplanung gemacht für ein grosses historisches Haus in Basel mit einem Dreipartien-Restaurationsbetrieb. Ich möchte dem Rat dringend empfehlen, dieses Postulat nur unter dieser Voraussetzung zu überweisen bzw. zurückzuziehen, wenn sichergestellt ist, dass im Rahmen dieses Planungsprojekts eine detaillierte Zustandsanalyse vom ganzen Objekt gemacht wird. Wie steht es um die Bausubstanz, wie steht es um die Infrastruktur, Heizung und Lüftung, wie steht es um die Haustechnik, darunter verstehe ich Betriebseinrichtungen im lebensmittelsensiblen Bereich, Küche und Office, sodass wir Klarheit darüber kriegen, wie gross der Investitionsbedarf ist. Die SVP-Fraktion ist für Annahme von diesem Budgetpostulat und würde dem Gemeinderat empfehlen einen Nachtragskredit für diejenigen Positionen einzureichen, die sicherheitsrelevant sind. Alles, was nicht verhandelbar ist im Bereich der Lebensmittelsicherheit oder von der Sicherheit des Gebäudes wie die Treppe, die offensichtlich saniert werden soll, soll mit Priorität 1 gemacht werden und alles andere soll zurückgestellt werden. Der Gemeinderat soll eine Projektstudie in Auftrag geben, die aber auch eine ganzheitliche Zustandsanalyse umfasst, sodass wir nachher von klaren Voraussetzungen ausgehen

können, was ist zu investieren und mit welcher Priorität in die Bausubstanz, in Betriebseinrichtungen und in die Infrastruktur.

Josua Studer, parteilos: Gemeinderat Morat, Sie haben mir aus dem Herz gesprochen. Dieses Budgetpostulat müssen wir annehmen und dann wird dort hinten nichts mehr geplant. Dann verkaufen wir dieses Gebäude, Allschwil braucht das nicht. Bei früheren Budgetpostulaten von Mathilde Oppliger haben wir über Lampen diskutiert, die wir dort rein hängen wollen. Heute reden wir über Sanierungen und das sind ein paar Null mehr als bei den Lampen. Ich weiss nicht, was die Aufgabe der Gemeinde ist, das weiter zu bewirtschaften. Die Gemeinde Allschwil hätte einen Veranstaltungssaal haben können, dort hätte man die besseren und angenehmeren Ausstellungen durchführen können, die nicht dem Wettereinfluss ausgesetzt sind. Wir sollten das Budgetpostulat jetzt überweisen und dann sollte aus irgendeinem Kreis heraus eine Aktion kommen, dass wir die Mühle verkaufen. Ich werde es nicht machen, denn wenn ich Vorstösse mache, werden sie meistens nicht berücksichtigt. Es gibt hier drin genug Sympathisanten, die dem Verkauf zustimmen würden. Ich helfe dann schon mit.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP ist ganz klar für die Ablehnung von diesem Budgetpostulat. Wir sind absolut nicht der Meinung wie Josua Studer. Ich glaube, dass Josua Studer doch zu wenig Wurzeln in Allschwil hat, dass er so leichtfüssig den Mühlestall und die Mühle verkaufen will. Wir sind für den Erhalt der Mühle als Gastbetrieb und dafür, dass sie im Eigentum der Gemeinde bleibt. Dass eine Planung muss gemacht werden, um diese Sanierung zu erbringen, ist klar und dafür ist dieser Betrag gedacht. Die ehemalige Mühle kann mit Recht als Kulturgut in unserer Gemeinde gesehen werden. Sie ist das einzige repräsentative Lokal in unserer Gemeinde, wo man ohne sich zu genieren mit Leuten essen gehen kann. Unsere Nachbargemeinden Binningen und Bottmingen leisten sich Schlösser. Allschwil als Bauerndorf hat eine Mühle und die sollte weiterhin im Besitze der Gemeinde bleiben. Würde dieses historische Gebäude verkauft, könnte auf die zukünftige Nutzung des Hauses keinen Einfluss mehr genommen werden. Neue Eigentümer könnten über die Nutzung der Mühle bestimmen. Es könnte sich dort sogar ein zweifelhaftes Etablissement installieren, das war in anderen Gemeinden auch schon der Fall. Einzig die äussere Hülle dürfte nicht verändert werden, aber was drinnen passiert, wäre nicht mehr im Ermessen der Gemeinde. Darum muss Allschwil Sorge tragen zu diesem historischen Gebäude. Ich bin sicher, dass eine Mehrheit der Bevölkerung für den Erhalt der Mühle ist. Dass eine Renovation Kosten verursacht und wenn 30 Jahre nichts Richtiges gemacht wurde, dann muss dies nun geplant und gemacht werden. Nachher kann man wieder beträchtliche Mietzinsen einnehmen, der Mietzins bisher war auch nicht klein. Die jährlichen Investitionen waren sicher kleiner als der Mietzins, der eingenommen wurde. Darum ist die CVP klar gegen dieses Budgetpostulat und für den Kredit für die Mühle.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe eine grundsätzliche Frage. Ich komme aus dem Gastrobetrieb, ich konnte eine Bachstube übernehmen, habe diese saniert und dann Mehlasthma bekommen und wieder verkauft. Wieso macht sich der Gemeinderat nicht Gedanken darüber, die Mühle weiter zu verpachten mit einem neuen Pächter. Und dieser soll, wie er es einrichten möchte, dann selber dafür aufkommen, mit der Abmachung, dass es so bestehen bleiben muss, wie es ist. Wenn er eine neue Küche braucht, dann soll er die neue Küche selber aufwenden. Wenn er die Wohnung neu sanieren will, dann soll er es machen. Ich weiss nicht, was dagegen spricht, das ist heute üblich.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Für mich war es ein emotionales Thema, ich bin in diesem Haus aufgewachsen. Als ich dieses Budgetpostulat gesehen habe, fand ich, dass ich hier fast in Ausstand treten muss. Ich habe mir die Sache überlegt und es ist klar. Ein Gastrobetrieb gehört in private Hände und ist nicht Aufgabe der Gemeinde. Ich kann die Befürchtungen von Mathilde Oppliger teilen, aber ich bin davon überzeugt, wenn man dieses Haus für einen Preis weitergibt, dass dort etwas laufen kann, dann kann man Auflagen machen, auch längerfristige. Man muss nicht den höchstmöglichen Preis verlangen, sondern einen Preis verlangen, dass jemand existieren kann und einen guten Gastrobetrieb führen kann. Es wäre der klarere Weg, es weiterzugeben und nicht zuerst noch viele Projekte und Planungen machen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte zu den Planungskrediten etwas sagen. Es geht darum, dass wir zuerst Geld brauchen, um überhaupt eine Zustandsanalyse zu machen. Für das brauchen wir die CHF 150'000. Die Verquickung zwischen Mühlestall und Mühle ist vielleicht ein Hindernis. Wie vielleicht einige von Ihnen wissen, ist die Heizungsanlage der Mühle im Mühlestall drin. Es gehen dort Leitungen unter dem Parkplatz durch in die Mühle hinüber. Die Heizungsanlage ist nicht im Haus selber. Das wurde

aus Platzgründen so gemacht. Es gibt weitere Ökonomieräumlichkeiten wie eine Garderobe im Untergeschoss vom Mühlehall. Es ist nicht ganz einfach und ich möchte darauf hinweisen, ein Haus in diesem Zustand, wie es die Mühle heute ist, zu verkaufen. 30 Jahre alte Haustechnikanlagen sind nicht mehr auf dem höchsten Stand, und dass dies viel Geld kostet, das wissen einige von euch bestimmt. Wenn wir den Planungskredit nicht zur Verfügung gestellt kriegen heute Abend, dann können wir diese Sanierung nicht planen und nicht an die Hand nehmen. Für den Gemeinderat stellen sich heute nach diesem Beschluss mehr Fragen, nämlich wie mit dem Mühlehall umgegangen wird und wie mit dem Verkauf der Mühle umgegangen werden muss. Ich kann Ihnen das heute nicht abschliessend beantworten. Wir müssen uns der neuen Situation stellen und sagen, in welchem Zustand wir es verkaufen, saniert oder nicht, und gegebenenfalls werden wir nochmals mit einem Kreditantrag zu Ihnen kommen, wo Sie darüber befinden können, ob man das Geld in die Hand nimmt, weil man es sonst nicht verkaufen kann.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Wir hatten Voten aus dem Rat und dem Gemeinderat und wir sehen, dass sich das Thema langsam konkretisiert. Mein Antrag war, dass wir heute Abend die CHF 245'000 streichen, damit der Gemeinderat möglichst bald etwas vorlegt, das wir umfassend in der nötigen Detailgenauigkeit entscheiden können. CHF 245'000 wären es heute Abend gewesen. Gemeinderat Morat hat von CHF 350'000 erzählt, er hat eine Folie aufgelegt, dort waren zwei Teile drauf. Und wir haben jetzt noch diskutiert, dass noch weitere Teile kommen. Es könnte ein Fass ohne Boden werden. Wenn man Millionen investiert, dann muss man politisch sagen, dass wir das wollen. Aber man kann nicht sagen, dass man diese Investitionen mit einem Mietzins hereinholen kann. Das könnte länger als 30 Jahre gehen, dann haben wir die nächste Sanierung. Wir müssen uns bewusst sein, was wir wollen. Ich möchte nochmals beliebt machen dies zu streichen, lassen wir es als Sondervorlage kommen, der Gemeinderat muss sich etwas sputen. Es tut mir leid, aber ich kann auch nichts dafür, dass der andere gekündet hat. Wenn wir ein paar Details mehr haben und abschätzen können wie viele Millionen oder hunderttausend es kostet, dann können wir sagen, was wir wollen. Ob wir eine Mühle wollen, wenn die anderen ein Schlössli haben, das ist mir dann egal, aber nicht es jetzt einfach so ins Budget nehmen, sodass wir A sagen und danach B und C automatisch kommt.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Das Votum von Andreas Bammatter erübrigt meines.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: In diesem Zusammenhang stellt sich mir die Frage, neutral, ob es die Aufgabe einer Gemeinde ist, eine Beiz zu führen. Man kann ja oder nein sagen, und man kann auch sagen, dass man diese Beiz will. Dann kann es auch etwas kosten, aber dafür brauche ich eine Übersicht, und nicht einfach jetzt über CHF 100'000 oder 200'000, 300'000 oder 600'000 entscheiden. Mich würde es auch interessieren, ob es rentiert. Wenn es nicht rentiert, wie viel buttern wir rein? Rentiert es in anderer Form als in finanzieller Form? Ich müsste mehr Grundlagen haben, um zu entscheiden. Ich plädiere dafür, dass wir im Januar, wenn das möglich ist, auf das zurückkommen und die Grundsatzdebatte Mühle ja oder nein nicht hier fassen müssen. Ich fühle mich unter Druck und finde das unglücklich.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, dann kommen wir zur Abstimmung zu diesem Budgetpostulat.

://

Das Budgetpostulat wird mit 29 Ja : 6 Nein und 4 Enthaltungen angenommen.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich muss eine Klarstellung machen, damit der Einwohnerrat weiss, was er jetzt gemacht hat. Der Gemeinderat wird keine Vorlage bringen für die Mühle. Diese Detailkenntnisse, die Sie haben wollen, können wir nicht erarbeiten, weil die Finanzmittel fehlen, um die entsprechenden Abklärungen in Auftrag zu geben. Der Gemeinderat hat dies vorgängig besprochen in der Gemeinderatssitzung. Wir nehmen den Entscheid so, wie er kommt, es war auch bei uns eine lange Diskussion, was wir mit dieser Mühle machen sollen oder nicht. Ohne Planungskredit können wir die ganzen Planungsaufgaben nicht abschätzen und keine detaillierte Vorlage dem Einwohnerrat unterbreiten, wo wir die Details zeigen können und sagen können, welche Kosten auf uns zukommen werden. Der Gemeinderat muss sich das überlegen. Man muss die Konsequenz klar erkennen, dass wir eher an einen Mühleverkauf denken jetzt als an die Ausarbeitung einer Vorlage, die eine Gesamtsicht gibt. In der Diskussion ist das nur halbherzig zum Tragen gekommen. Ich gehe davon aus, dass der

Einwohnerrat klar gewusst hat, dass es ohne Kredit für Planungsarbeiten und Arbeiten, um den Sanierungsbedarf zu ermitteln, enorm schwierig wird.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Herr Lauber, Sie haben vorhin nicht ganz zugehört. Es wurde gesagt, dass wir dieser Sache zustimmen sollen und nachher das Zeugs ausarbeiten sollen. Es gibt noch das Mittel eines Nachtragskredits. Der Auftrag an euch ist gegeben: Schafft es aus, bringt die Fakten und dann diskutieren wir das wieder. Ein Nachtragskredit ist nichts seltenes, das gab es schon ein paar Mal. Die Aufgabenstellung ist gegeben, Ausarbeiten und dann können wir die Sache nochmals diskutieren.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich passe eigentlich immer sehr gut auf. Mit dem Nachtragskredit ist es so eine Sache. Wir kommen nur mit einem Nachtragskredit oder einem Verpflichtungskredit, wenn er Hand und Fuss hat. Hier zweifle ich daran, wir haben das im Gemeinderat besprochen, dass wir Ihnen die notwendigen Details bringen können, um das Bild, das Hans-Peter Tschui angesprochen hat, abzuliefern im Einwohnerrat, damit man weiss, wie diese Katze aussieht, weil wir die entsprechenden Expertisen-Aufträge nicht erteilen konnten. Wenn wir das jetzt heute aus dem Budget streichen und auf der anderen Seite sagt, dass wir mit dem gleichen Betrag wieder kommen sollen, dann sehe ich das nicht ein. Das Wissen ist dann nicht grösser, als es das heute ist.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Es geht doch darum, dass wir entscheiden müssen, ob wir einen VW oder einen Rolls Royce möchten. Das kann man mit den heutigen Kenntnissen im Baufach und in der Gastronomie abschätzen. Mir geht es nicht um CHF 10'000, mir geht es um 100'000 oder 1'000'000. Da müssen wir einen Anhaltspunkt haben. Mit dem Planungskredit allein und CHF 90'000 Kleinsanierungssachen, die sinnvoll und notwendig sind, damit wir keinen Unfall haben, ist es nicht getan. Es geht ums Grosse und da kann man eine Abschätzung machen. Ich glaube, dafür braucht man keine CHF 150'000. Man kann eine Schätzung machen, das haben wir bis jetzt bekommen. Christoph Morat hat gesagt CHF 350'000 für zwei Teile. Dann soll er die anderen 15 Teile, wenn er es weiss, auch noch einschätzen. Dann haben wir die Million, und dann entscheiden wir. Das war der Antrag und der wurde angenommen, besten Dank übrigens.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich habe so oft an diesem Platz bei einem Vorstoss gehört, dass es ein nice-to-have sei und man muss nicht darüber diskutieren. Das ist für mich ein klassisches nice-to-have. Ich möchte gerne davon überzeugt werden, dass es eventuell ein must-have sei. Das könnte der Gemeinderat übernehmen, dass wir davon überzeugt werden, dass es ein must-have ist. Im Moment sehe ich das nicht, sondern höchstens als nice-to-have. Wir haben vorhin vom Sparen gehört und ich sehe es darum im Moment nicht ein. Ich bin davon nicht überzeugt und möchte es gerne werden.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Dass der Gemeinderat nach der Abstimmung dies gesagt hat, deutet für mich darauf hin, dass der Gemeinderat diese Liegenschaft verkaufen möchte, und weil das nicht so populär ist, diese Verantwortung dem Einwohnerrat zuschieben möchte. Die können wir auch übernehmen. Wir haben darüber abgestimmt und wenn jetzt noch Leute auf der Rednerliste stehen, dann könnte man das abschliessen, ansonsten stelle ich den Antrag auf Schliessung der Rednerliste, weil darüber abgestimmt wurde.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir stimmen über die Schliessung der Rednerliste ab. Es dürften dann keine neuen Redner auf die Liste kommen.

://:

Die Schliessung der Rednerliste wird einstimmig angenommen.

Rita Urscheler, Grüne Fraktion: Mein Votum ist mit dem Votum von Siro Imber überholt. Ich persönlich finde einen Planungskredit von CHF 150'000 enorm hoch. Wenn man einen Stundenschnitt von CHF 150 nimmt, dann sind das 1'000 Stunden Planung, das ist enorm.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Der Mut des Gemeinderates wurde angesprochen, dazu muss ich etwas sagen. Ich sage hier gerne, dass der Gemeinderat in einem Seminar im November 2008 nach

intensiver Diskussion beschlossen, die Mühle zu erhalten, als Restaurant weiter zu behalten und die notwendigen Sanierungsmassnahmen in die Wege zu leiten. Das hat der Gemeinderat so beschlossen und ich sage das gerne der ganzen Welt. Das ist also unsere Strategie, die wir verfolgt haben. Wenn man findet, dass CHF 150'000 zu viel sind, dann kann das sein, vielleicht sind CHF 145'000 besser. Ich kann Ihnen sagen, dass wir morgen nicht gescheitert sein werden, deswegen hätte ich lieber konkrete Aussagen gehört, wie dass dieses Restaurant nicht unsere Aufgabe ist und wir sollen es vergessen. Der Gemeinderat wird nun einfach in diese Seite gedrückt, weil uns jetzt das Kapital fehlt, um diese Aufträge zu erteilen. Ich wollte damit nur Klarheit schaffen und niemanden in eine bestimmte Richtung bringen. Der Gemeinderat hat an der Gemeinderatssitzung gesagt, dass, wenn das Geld nicht kommt, der Verkauf im Vordergrund steht. Das wollte ich einfach klar deponieren.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben seit der Abstimmung über das Postulat eine Klarstellung erhalten vom Gemeinderat, wie das weitere Vorgehen sein wird. Es wurde diskutiert und ich frage nach, ob jemand einen Antrag auf Rückkommen der Abstimmung stellen möchte. Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zum nächsten Budgetpostulat.

572 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.3

Budgetpostulat Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, betreffend Dienstleistungen und Honorare (Naturschutz) Pos. 780 (neu), Geschäft 3954B.4

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Josua, Danke, ich habe doch zwei Budgetpostulate eingegeben. Gerne möchte ich nochmals begründen, warum es Sinn macht, wenn wir ein paar Franken für das lebensnotwendige Gut, nämlich unser Trinkwasser, vorsorglich ins Budget nehmen. Im 2011 soll die Deponie Roemisloch saniert werden. Es kann sein, dass sich dies verzögert und wir im 2011 zumindest ein Sanierungskonzept haben. Nach den gemachten Erfahrungen empfiehlt es sich, dies anzuschauen, bei Le Letten und Roemisloch in den letzten Jahren. Nur die offensive Haltung der Gemeinde mit Gutachten hat es überhaupt so weit gebracht, dass jetzt saniert wird. Das Konzept Le Letten ist nicht optimal. Das hat der Gemeinderat auch in der kleinen Anfrage von mir bestätigt. Ähnliches ist auch beim Roemisloch zu erwarten. Das Roemisloch hat via Neuweiler und Mühlebach einen direkten Einfluss auf Allschwil. Die Begutachtung mit CHF 2'000, so viel hat der Gemeinderat eingestellt, ist nicht zu machen, auch CHF 20'000 könnten knapp sein. 2011 soll das Sanierungskonzept für Feldreben kommen. Auch da ist die Gemeinde Allschwil sehr direkt betroffen, weil wir vor allem regelmässig Wasser vom Hardwasser beziehen. Deshalb ist es hier sinnvoll, dass sich die Gemeinde Allschwil mit Muttenz für das saubere Trinkwasser einsetzt, wie wir das bei Le Letten gemacht haben. Dort rege ich an, dass die Zusammenarbeit mit Muttenz gesucht wird und dass wir dort ein paar Franken zur Hand haben, ist äusserst sinnvoll. Es geht immer wieder um technische und stoffliche Beurteilungen. Beides, was ich aufgezählt habe, für CHF 2'000 geht nie, auch CHF 20'000 ist knapp. Wenn das Geld nicht gebraucht wird, ist es kein Problem. Es wird aber ein Problem, wenn wir es brauchen und nicht budgetiert haben. Darum bitte ich auch hier, diesem Postulat grosszügig zuzustimmen. Ich danke im Namen der Allschwiler Bevölkerung, die täglich gesundes und reines Wasser trinken will, nicht nur wir hier drin.

Robert Vogt, Gemeinderat: Wie es der Postulant bereits richtig gesagt hat, ist das Wasser ein sehr kostbares Gut, auch der Gemeinderat möchte dies bewahren. Wie Sie wissen, stammt unser Wasser zu 100% aus dem Hardwald, deswegen ist die Diskussion um die Elsässerdeponien, Roemisloch und Grien, für uns in den Hintergrund gerückt. Die weiteren Sanierungen, die auf Schweizer Boden stattfinden werden, werden vom Amt für Umweltschutz und Energie begleitet. Da kann man davon ausgehen, dass alles im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften sehr seriös gemacht wird. Deswegen sieht der Gemeinderat keine Veranlassung hier einen höheren Betrag einzusetzen als die CHF 2'000. Es sind, im Gegensatz zur Meinung des Postulanten, keine stofflichen Analysen und tiefe Expertisen nötig, sondern beim Kontakt zu den Gemeinden wie Muttenz, Birsfelden, etc und zur Hardwasser müssen wir ansetzen. Für das brauchen wir kein erhöhtes Budgetpostulat. Falls wider Erwarten im 2011 trotzdem höhere Expertisenkosten nötig werden, dann kommen wir selbstverständlich mit einem Nachtragskredit. Aus heutiger Sicht ist das absolut nicht notwendig.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Von Seiten der Grünen Fraktion unterstützen wir dieses Budgetpostulat und zwar aus folgenden Überlegungen. Das Amt für Umweltschutz und Energie ist nicht unbedingt bekannt für ein vorausschauendes Handeln, darum ist die Möglichkeit einer unabhängigen Analyse sinnvoll. Wir haben vorhin diskutiert über die Kostenabschätzungen im Baubereich, dort reden wir von CHF 150'000 und für eine Abschätzung im Trinkwasserbereich sollen CHF 2'000 reichen. Das ist vom Verhältnis her nicht stimmend, darum möchten wir Ihnen beantragen, diese CHF 20'000, die hier postuliert sind, zu sprechen. Wenn wir das Geld nicht brauchen, dann ist auch gut, dann ist nichts verloren.

Josua Studer, parteilos: Aus den Ausführungen, die wir jetzt gehört haben, muss ich daraus schliessen, dass wir einen Kredit beantragen, aber nicht unbedingt brauchen, aber wenn wir ihn brauchen sollten, dann haben wir es wenigstens und müssen nicht langen Prozess machen. Es ist das zweite Budgetpostulat, das der Gemeinderat nicht will. Es kommt noch ein drittes mit der Steuersenkung. Ich meine, dass die Kommission, Fireko, empfiehlt, dass man es annehmen soll, wie auch bei den Steuern. In dieser Kommission – ich mache es jetzt auch gebetsmühleartig, immer wieder sagen, dann glaubt man es am Schluss – sitzen alles Leute, die hier drin auch Platz genommen haben. Wenn die uns etwas empfehlen, dann sollten wir ihnen glauben. Der Gemeinderat sitzt in den Einwohnerratssitzung beratend da und nicht empfehlend. Die Empfehlung kommt von der Fireko. Stimmen wir doch dem und dann dem nächsten zu.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Es geht nicht nur um neue Fachkenntnisse, es geht auch um Übersetzungen. Übersetzungen verständlich machen, das meiste kommt auf Französisch. Ob wir alle das wirklich so verstehen, wie die das schreiben, ist eine andere Frage. Es geht auch um ein Zeichen an unsere Bevölkerung. Vor zwei Jahren sind Mitglieder des Einwohnerrates, Damen der CVP, dort oben gestanden und haben ein Mahnmal gesetzt. Es muss etwas gehen, es kann uns doch nicht egal sein. Das Wichtigste ist das Verdeutschen und das Verständlich machen dieser Papiere, die irgendwann einmal bei uns oder beim Gemeinderat reinschneiden könnten. Nachtragskredite brauchen wir nicht. Setzen wir ein Zeichen, es ist genauso wichtig wie vor zwei Jahren.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Es gibt noch ein paar Sachen, die man ins richtige Licht rücken muss. Allschwil hat mit der Sanierung der Deponie Le Letten unglaublich viel erreicht, dank der Gemeinde und Herr Zraggen. Das dürfen wir auf unsere Fahnen schreiben, freiwillig ist nichts passiert, nur auf Druck. Wir sind im letzten Juli nach Mulhouse gereist, zusammen mit unserem Berater, Martin Forter, und haben uns das Sanierungskonzept dort erklären lassen. Wir hatten von Anfang an einen Kriterienkatalog dabei, wo wir wussten, dass es bei der Sanierung erfüllt sein muss, ansonsten können wir es nicht akzeptieren. Es ging darum, ob sie überdacht wird, ob sie entlüftet wird, wie ist der Arbeitnehmerschutz, was wird woher und durch wen entsorgt etc. Wir haben dieses Thema mit Martin Forter, unserem beratenden Spezialist diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass diese Sanierung, so wie sie vorgeschlagen wurde, korrekt ist. Dass man immer noch mehr machen könnte, à la bonheur. Das ist die Ausgangslage. Mittlerweile hat sich das Interesse der Gemeinde Allschwil fokussiert und zwar weg von den Deponien zum Thema Trinkwasserbezug. Sie wissen, Allschwil bezieht zurzeit das Trinkwasser aus der Hard, das ist ein vorbelastetes Gebiet, MuttENZ. Wir sind dort nach wie vor Aktionärin bei der Hardwasser AG. Hardwasser AG sollte das Wasser anfangen zu filtern, währenddem MuttENZ die dreifache Filteranlage will, Kohlefilter, Ozonfilter, Kohlefilter. Mit anderen Worten, die vitalen Interessen zurzeit bezüglich Wasserversorgung sehe ich zum jetzigen Zeitpunkt für die Gemeinde Allschwil im Bereich MuttENZ. Wenn wir diese Sanierung anschauen, wie sie jetzt passiert, dann stelle ich folgendes fest. Die Gemeinde Allschwil wurde bis jetzt nie eingeladen, von Schönenbuch wurden wir von Zeit zu Zeit auf Nachfragen orientiert, jede Auskunft mussten wir uns erkämpfen. Die Sanierung dort oben läuft ab nach französischem Recht. Der französische Staat, das AUE in Ehren, aber kann dort auch nicht ganze Welten beeinflussen, darum ist es sehr schwierig. Wir haben Professor Wildi beigezogen, er hat eine Expertise gemacht zu den Schotterrinnen von den Deponien rüber zur Kappelmatten. In der Expertise, die erstellt wurde zuhanden von Mulhouse, wo dann entschieden wurde, wurde nicht einmal in einer Fussnote Professor Wildi erwähnt, einfach nicht existent. Die Thematik der Schotterrinnen, die wir immer wieder aufgeworfen haben, Trinkwasser in Richtung Schönenbuch, geht das oder geht das nicht, wurde nicht beantwortet und nie nachgefragt. Das Interessante an dieser Thematik ist, dass es primär Allschwil ist, wo das Thema releviert, zusammen mit der IG DRB, zusammen mit Herrn Zraggen. Weder Schönenbuch noch die Gemeinden haben den notwendigen Druck aufgesetzt. Allschwil war immer mehr oder weniger allein und waren die Stürmis, die aufgetreten sind. Da wäre es auch einmal Zeit, wenn Handlungsbedarf besteht, dass die Gemeinden dort selber eintreten würden. Sie sehen für ihre Trinkwasserthematik überhaupt keine Probleme. Aus Sicht der Gemeinde ist grundsätzlich die

Diskussion, wie geht es weiter mit der Hardwasser AG, wie soll das Trinkwasser aufbereitet werden und wie kann unsere langfristige Wasserversorgung über Hardwald IWB Hardwasser AG sichergestellt werden. Wenn im Rahmen dieser Diskussion weitere Gutachten notwendig sind, dann kommen wir mit CHF 2'000 ziemlich weit. Das wäre dann nach schweizerischem Recht auf Deutsch und es braucht keine Übersetzungen. Wenn dann absolut Not am Mann wäre, dann hat der Gemeinderat die Möglichkeit, dass wir uns in eigener Kompetenz engagieren, auch frankenmässig. Das ist der Überblick, warum der Gemeinderat fand, es sei nicht zwingend, dass man dieses Budgetpostulat so überweist. Wenn der Gemeinderat sagt, man soll es nicht überweisen, dann ist das kein Signal, dass wir nicht hartnäckig an der Trinkwasserthematik dran bleiben. Das möchte ich klarstellen und dementieren, dass wir mit keiner Sekunde davon ausgehen, dass wir weniger hartnäckig am Thema sind, als wir das all die Jahre auch waren.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Es ist in unserer Fraktion einiges in Schwung gekommen. Ursprünglich sind wir der Argumentation des Gemeinderates gefolgt, weil wir zur Kenntnis genommen haben, dass die budgetierten bzw. erhöhten Beiträge für externe Beratung in den letzten Jahren nicht oder nur teilweise in Anspruch genommen wurden. Wir sind der Meinung, dass die CHF 20'000 das Budget 2011 nicht aus dem Lot werfen werden, deswegen unterstützen wir diesen Antrag. Wir sind der Ansicht, dass dann der Gemeinderat zumindest Handlungsspielraum hat, wenn es dazu kommen würde, dass wir eine Expertise brauchen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben das Budgetpostulat auch diskutiert. Wir legen Wert auf die Feststellung, dass das Trinkwasser ein sehr hohes Gut ist, das wir schützen müssen. Wir teilen aber mehrheitlich die Auffassung des Gemeinderates, dass die CHF 20'000 nicht notwendig sind. Die CVP-Fraktion lehnt das Budgetpostulat ab.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, somit kommen wir zur Abstimmung über dieses Budgetpostulat.

://:

Dem Budgetpostulat wird mehrheitlich zugestimmt.

573 01.030 Einwohnerrat
Traktandum 2.1.4
Budgetpostulat Josua M. Studer betreffend 6 Verkehr / 651 Regionalverkehr
Konto 651-36 Eigene Beiträge / Unterkonto 651-361.00 Kantone, Geschäft 3954B.5

[Josua Studer zieht das Postulat zurück.]

574 01.030 Einwohnerrat
Traktandum 2.1.5
Budgetpostulat N. Ulusoy, J. Gosteli, R. Urscheler, Ch. Benz, S. Maurer, Grüne
Allschwil und SP/EVP-Fraktion, betreffend 700-314.00 Fonds zur Unterstützung
innovativer und nachhaltiger Energieprojekte Geschäft 3954B.7

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich möchte kurz ausholen zur letzten Fireko-Sitzung, da haben wir die Budgetpostulate besprochen. Als unser Budgetpostulat dran gekommen ist, hat mich Hans-Peter Tschui darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht rechtens ist, in Anführungszeichen, und es zu diesem Postulat ein Reglement geben müsste. Wir haben dann darüber diskutiert und es gab keine Abstimmung und keine Empfehlung. Ich habe gesagt, ich würde dies nochmals abklären. Das habe ich inzwischen gemacht. Ich bin keine Juristin und habe herausgefunden, dass es Reglemente braucht und da bitte ich Herrn Proschek die Folie 1 aufzulegen. Ich habe in den Gesetzessammlungen nachgeschaut und ich

habe im Finanzhaushaltsgesetz folgenden Paragraphen gefunden, Paragraph 17 aus dem Finanzhaushaltsgesetz und Paragraph 19 aus der Gemeindefinanzverordnung, darauf hat der Gemeinderat hingewiesen. Ich möchte gerne unser Budgetpostulat mit Folie 1 ergänzen, und zwar möchte ich die Verwaltung beauftragen, ein entsprechendes Reglement auszuarbeiten und dem Einwohnerrat vorzulegen. Mit diesem Satz möchten wir unser Budgetpostulat ergänzen. Vor wenigen Monaten haben wir Grünen ein Postulat bezüglich Verwendung der ausserordentlichen Einnahmen aus dem Verkauf der Namenaktien Blockheizkraftwerk Bettenacker AG unter Abtretung der Darlehensforderung an die EBM eingereicht. In der Antwort vom Gemeinderat steht unter Absatz 2.4, dass der Erlös lediglich eine Verflüssigung der gebundenen Mittel darstellt und erfolgsneutral sei. Für die Äufnung eines Fonds zur Förderung von innovativen Energieprojekten würde dem Einwohnerrat grundsätzlich das Budgetpostulat offen stehen, das stand da drin. Auf diese Äusserung hin, haben wir ein Budgetpostulat gemacht. Mit Bedacht auf die Finanzen haben wir den Betrag halbiert auf CHF 500'000. Laut Bericht des Gemeinderates würde die Abwicklung von inskünftigen Investitionen, welche über den Fonds finanziert werden, intransparent und kompliziert. Dem würde ich gerne widersprechen. Ein Fonds ermöglicht schnelles Handeln, gibt einen Handlungsspielraum, Wortlaut von Herrn Tschui, nicht in diesem Zusammenhang, und ein rasches Umsetzen eines Projekts. Es ist also ein zielführendes Instrument. Der Fonds setzt ein Zeichen für ökologische Innovation und Nachhaltigkeit. Das Einrichten von Fonds ist ein gängiges Finanzierungsmodell. Die Gemeinde Aesch hat vor zwei Jahren einen Fonds eingereicht für ein attraktives Aesch. Basel hat einen Fonds für eine klimaneutrale Verwaltung und wird, wie man in der BAZ lesen konnte, einen Fonds einrichten für nachhaltige Mobilität. Wir bitten die Einwohnerratsmitglieder unserem Budgetpostulat unter Berücksichtigung von diesem Zusatz, den Sie hier vorne auf der Folie lesen können, zuzustimmen und so ein echtes Zeichen für den Willen der Gemeinde Allschwil zu setzen, nämlich eine Gemeinde, die sich für ökologische Innovationen und Nachhaltigkeit einsetzen möchte.

Josua Studer, parteilos: Eine Super-Ansprache, ein Super-Votum, aber ich komme langsam nicht mehr draus, ob wir jetzt in einer Verhandlung sind, in einer Findungskommission oder debattieren wir hier das Budget. Ich sehe nicht, dass man ein Budget machen kann, mit einem Auftrag etwas zu gestalten. Wir können Gelder ins Budget nehmen, damit man dann Geld hat, wenn man mit einem separaten Vorstoss dies verlangen möchte, dass man dann Geld hätte, um dies umzusetzen. Heute Abend wird es spät. Es ist jetzt 21.00 Uhr und wir haben noch einiges vor uns. Es wäre besser gewesen, wenn offiziell die Ersatzsitzung von Morgen traktandiert worden wäre, dann könnten wir heute das Budget abschliessen und die Leistungsvereinbarung abschliessen. Nun müssen wir alles heute machen und es wird dann vielleicht trotzdem morgen.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Was Julia Gosteli erwähnt hat, ist formalrechtlich absolut in Ordnung. Das Einrichten eines Fonds verlangt vom Gesetzgeber nach dem Finanzgesetz ein Reglement. Hingegen ist das Alimentieren dieses Fonds mit Steuermitteln nicht zulässig. Fonds sind mit privaten Mitteln, ein Legat oder Schenkungen, alimentiert. In der Gemeinderechnungslegungsverordnung, im neuen Entwurf, steht ausdrücklich, dass das Alimentieren von Fonds mit Abgaben, also Steuergeldern, nicht zulässig ist. Das ist eine wichtige Ergänzung zur Beurteilung dieses Postulats.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich bin Hans-Peter sehr dankbar, dass er das gesagt hat, das ist ganz genau so. Es ist ein Irrtum, das Geld ist nicht in die Gemeinde gekommen, es wurde nur verflüssigt. Dieses Geld ist nicht vorhanden, es ist reines Buchgeld. Wenn man dieses Geld in einen Fonds tut, dann müsste man es von irgendwoher holen, und das wären dann Steuermittel. Das ist das Problem. Wir können keine Steuergelder, die nicht zweckgebunden sind, in einen zweckgebundenen Fonds tun. Das bringt das genau auf den Punkt.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich bin keine Juristin und ich kann diese Paragraphen einfach lesen. Da steht unter Punkt 2, dass die Gemeinde durch ein Reglement weitere Fonds vorsehen könne. Wie schafft denn das eine Gemeinde Aesch? Dürfen die denn keine Steuergelder nehmen, wenn sie einen Fonds äufnen für ein attraktives Aesch? Da habe ich zu wenig juristisches Know-how, da muss ich passen.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Die Frage ist, woher dieses Geld kommt. Vielleicht hat das ein reicher Aescher gespendet oder so. Aber Steuergelder in einem Fonds zu reservieren, das ist das Problem. Das hat Aesch sicher auch korrekt gemacht, aber die Frage ist, woher kommt das Geld.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Dann darf man einfach keine Steuergelder für einen Fonds verwenden, das ist Gesetz.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir haben bei der letzten Einwohnerratssitzung ein Postulat überwiesen, wo es um sauberen Strom gegangen ist. Vielleicht sollten wir das zuerst abwarten, bevor wir hier neue Reglemente beauftragen.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich habe mich kurz beraten können. Ich ziehe das zurück und wandle das nächstes Jahr um in ein Postulat

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Darf ich um Ruhe bitten, wir haben ein Teilziel erreicht. Ich verstehe, dass Sie darüber froh sind und wir kommen nun zur Detailberatung.

Traktandum 2.2 Detailberatung

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

1. Erläuterung zur Rechnungslegung öffentlicher Haushalte

Keine Wortmeldung

2. Bericht und Anträge des Gemeinderates an den Einwohnerrat

Keine Wortmeldung

3. Ergebnisübersicht

Keine Wortmeldung

4. Selbstfinanzierung

Cedric Roos, 1. Vizepräsident: Wir haben eine Wortmeldung, Siro Imber.

5. Laufende Rechnung Zusammenzug funktionale Gliederung

Keine Wortmeldung

6. Laufende Rechnung Zusammenzug Artengliederung

Keine Wortmeldung

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Ich habe das nachgeschlagen, gemäss Paragraph 39 Absatz 1 des Personalreglements der Gemeinde Allschwil folgt die Gemeinde beim Teuerungsausgleich dem Kanton. Gemäss Paragraph 51 Absatz 1 betragen die Ferien für über 21-jährige 4 Wochen, für über 50-jährige 5 bzw. 6 Wochen für über 60-jährige. Der Kanton hat beschlossen, dass man keine Teuerung gibt und er hat gesagt, dass man als Kompensation die Ferien erhöht. Im Reglement steht, dass man dem Kanton folgt. Der Kanton hat keine Teuerung gegeben. Im Budget wurde mit 0,7% Teuerung gerechnet, das sind rund CHF 200'000 Aufwand, wenn ich das richtig gesehen habe. Auf der anderen Seite hat das Personal der Gemeinde den Ferienbonus nicht, weil in unserem Reglement steht, wie die Ferien genau lauten, das wurde nicht angepasst. Ich denke, dass damit das Personal der Gemeinde Allschwil hier nicht anders ausgeht als beim Kanton, weil sonst das System dem Kanton folgt beim Teuerungsausgleich und auch bei den Ferien bisher, müsste der Gemeinderat ziemlich schnell eine Vorlage bringen, um das Personalreglement anzupassen, was die Ferien betrifft, damit die Gleichschaltung von Teuerung und Ferien wie im Kanton erfolgt. Sonst sieht unser Personal in die Röhre und hat keine Teuerung und genau gleich viel Ferien.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Mit diesem Thema rennst du offene Türen ein, Siro, mit diesem Thema. Wir wissen, dass der Kanton die 0,7% Teuerung dem Staatspersonal nicht gegeben hat, weil er jetzt für die 20 – 49-jährige von 4 auf 5 Wochen mehr Ferien gegeben hat. Darum hat man dem Staatspersonal die Teuerung nicht gegeben. Umstritten ist dort, ob die Teuerung nicht gewährt oder ob sie aufgeschoben wird. Wir gehen natürlich davon aus, dass sie aufgeschoben ist. Die Situation in den

Gemeinden ist die, dass wir die 4 Wochen Ferien haben und wir tun uns beim Gewähren der Teuerung am Kanton anlehnen. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass wir noch keine 4 Wochen Ferien haben, waren aber mit Blick auf die Abstimmung im Kanton zu den 5 Wochen grosszügig bei den Freitagen, so dass das Gemeindepersonal 2011 drei zusätzliche Freitage hat, zwei Brücken und einen wählbaren Freitag. So sind sie besser gestellt, kommen nicht auf die 5 Wochen Ferien, aber trotzdem. Gleichzeitig haben wir beschlossen, dass wir den Teuerungsausgleich von 0,7% gewähren. Wir werden selbstverständlich die Thematik diskutieren, sie ist noch nicht beschlossen, aber sie könnte wahrscheinlich in die Richtung gehen, dass man auch für das Gemeindepersonal die 5 Wochen Ferien gewährt. Das wird dann Gegenstand werden einer separaten Vorlage an den Einwohnerrat. Das wäre dann erst ab 1.1.2012 möglich, eine Besserstellung des Gemeindepersonals gegenüber jetzt, im Vergleich zum Staatspersonal, indem sie die Teuerung erhalten und die drei Freitage. Ich denke, dass wir damit ein gutes Signal gesetzt haben für das Gemeindepersonal.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Das ist jetzt schnell gegangen. Reden wir noch über die einzelnen Kapitel oder ist das jetzt schon laufende Rechnung als Ganzes?

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir sind jetzt in der Detailberatung, wo es Punkt für Punkt durchgeht.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe eine Verständnisfrage. Der Landrat hat keine Teuerung beschlossen. Die Leute, die beim Staat arbeiten, erhalten keine Teuerung. Wir haben ein ähnliches Lohnsystem wie beim Staat und wir bezahlen eine Teuerung. Geht das?

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich kann mich täuschen, aber ich meine, ich habe es grad erklärt. Wir sind nicht abhängig vom Kanton, wir richten uns am Kanton. Der Kanton hat die Teuerung nicht gewährt, weil er 5 Wochen Ferien gewährt hat, also plus 1 Woche für die 20-jährige bis 49-jährige. Darum hat er sich die Teuerung gespart, das war eine politische taktische Diskussion. Es war relativ mutig in der angespannten Finanzlage im Kanton noch mit mehr Ferien zu kommen, obwohl man in einzelnen Bereichen aufstocken musste. Die zusätzlichen Ferien kosten ja etwas. Wir sind frei in der Gewährung der Teuerung für das Gemeindepersonal, wir sind nicht abhängig vom Entscheid des Kantons.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

7. Laufende Rechnung Details Artengliederung Seite 16 – 18
Keine Wortmeldung

8. Laufende Rechnung Detail Funktionale Gliederung, Seite 19 – 52

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe auf Seite 20 unter Position 20.315 gesehen, dass CHF 50'000 mehr drin sind. Ich kann das verstehen, es ist hinten auch erklärt. Ich möchte fragen, ob das einen kleinen Zusammenhang hat mit dem ehemaligen Leiter. Wurde das berücksichtigt, als das Budget gelegt wurde? Es steht: Beschaffung und Einführung zusätzlicher Applikationen und Applikationsmodulen führt zu einem Kostenanstieg im Bereich Unterhalt. Datumsverträge und Anpassungen. Das Wort "Anpassungen" hat mich darauf gebracht.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Nein, das Budget wurde lang vorher geschrieben und gemacht. Das wird die Aufgabe der neuen Leitung IT sein, diese Thematik zu prüfen und anzupassen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Bei Seite 21 möchte ich darauf hinweisen, dass wir heute Abend beim Traktandum 3.1 über die Vormundschaftsbehörde reden. Ich möchte zuhänden des Protokolls feststellen, dass hier die Kosten steigen. Das hat damit zu tun, dass die Vormundschaft sehr viel zu tun hat und sehr komplexe Fälle hat.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Seite 51 gehört auch dazu. Dann stelle ich heute Abend, Sie entschuldigen mich, die letzte dumme Frage. Auf Seite 51, Position 900.05.40, zuoberst. Ist in der Rechnung 2011, wenn wir sie genehmigen, eine Zahl drin? Ja oder Nein.

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Unser Spezialist, Herr Pfister, wird diese Frage beantworten. Bekanntlich gibt es keine dummen Fragen.

Dieter Pfister: In den Budgetpositionen, die Sie im 40.4 sehen, also bei den Erträgen des effektiven Jahres 2011, ist alles drin. Alle anderen Sachen der Vorjahre, da ist eine Abgrenzung enthalten. Wenn ich die Abgrenzungen falsch mache, zu wenig oder zu viel, dann wird das dort ausgewiesen. Wenn dort ein Betrag ausgewiesen ist, dann würde ich davon ausgehen, dass ich jetzt schon falsche Abgrenzungen drin habe. Wir gehen davon aus, dass die budgetierten Beträge von CHF 10'000'000 für das Jahr 2011, die wir vorher budgetiert haben, korrekt sind. Effektiv können wir es erst in zwei Jahren sagen.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

9. Investitionsrechnung Zusammenzug Funktionale Gliederung, Seite 53
Keine Wortmeldung

10. Investitionsrechnung Detail Artengliederung Seite 54
Keine Wortmeldung

11. Investitionsrechnung Detail Funktionale Gliederung, Seite 55 – 57
Keine Wortmeldung

12. Verzeichnis Investitionskredite und Verpflichtungskredite, Seite 58 – 62
Keine Wortmeldung

13. Erläuterung des Gemeinderates, Seite 63 bis 72
Keine Wortmeldung

13. a) Laufende Rechnung
Keine Wortmeldung

13. b) Investitionsrechnung Seite 73 bis 78
Keine Wortmeldung

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir sind mit der Detailberatung fertig. Ich frage Gemeinderätin Nicole Nüssli, ob sie gerne ein Schlusswort hätte.

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Ich nehme diese Gelegenheit gerne wahr, diese Folie zum dritten Mal zu zeigen. Sie ist immer noch richtig, der Gemeinderat steht immer noch dazu: Keine Steuersenkung.

Kathrin Gürtler: Ich frage den Präsidenten der Fireko, ob er gerne ein Schlusswort hätte. Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zu Abstimmung über den ersten Antrag:

Der Voranschlag 2011 für die Einwohnergemeinde Allschwil wird genehmigt.
--

://:

Das wird grossmehrheitlich angenommen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich muss mich entschuldigen, ich muss wieder gehen, auch wenn alle weiter arbeiten. Aber wenn ich nicht in 1,5 Stunden im Wald stehe, dann darf ich im nächsten halben Jahr an keine Sitzung mehr kommen. Ich wünsche allen schöne Festtage und einen schönen Abend.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich möchte die nächsten drei Budgetpostulate gemeinsam beraten lassen. Sie betreffen alle den Steuerfuss. Anschliessend wird jedes einzelne Postulat zur Abstimmung gebracht.

Dies betrifft das Budgetpostulat von Cedric Roos, SVP-Fraktion, betreffend „Senkung Steuerfuss“, Geschäft 3954B.1.

Budgetpostulat Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, betreffend Senkung des Steuerfusses für nat. Personen Ziff. 2: Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen wird auf 56,5 % der Staatssteuer festgelegt, Geschäft 3954B.2. Hier bringe ich Ihnen zur Kenntnis, dass dieses Postulat auch von der Fireko unterstützt wird, der entsprechende Antrag liegt vor.

Budgetpostulat Josua M. Studer, betreffend 9 Finanzen und Steuern / 900 Steuern Natürliche Personen Konto 900-40 Steuereinnahmen Unterkonto 900-400.00 Einkommens- und Vermögenssteuern, Geschäft 3954B.6

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, den Steuersatz um 2% von 58% auf 56% zu senken. Das entspricht einem Steuersubstrat von CHF 1'530'000. Es ist uns bewusst, dass wir damit den Nerv treffen von unserer Finanzchefin, da werden wir eine Schmerzgrenze erreichen. Ich möchte es trotzdem begründen. Das finanzielle Barometer zeigt mit dem Budget und dem Finanzplan für die nächsten 1 bis 3 Jahre auf eine Schönwetter-Periode hin. Bilanzstruktur und die Erfolgsrechnung bieten eine erfreuliche Perspektive. Der anämische Zustand der Einwohnerkasse ist überwunden. Per 1.1.2011 werden für vier Sozialwerke höhere Steuern, Abgaben und Prämien fällig, die den Familien und Konsumenten Kaufkraft entziehen und die durch die Teuerung nicht kompensiert werden. Zur Erinnerung: Es sind 0.4% Mehrwertsteuer für die IV, 0,2% Lohnprozente für die EO, Mutterschaftsversicherung, 0,2% ALV und von der Krankenkasse rede ich hier lieber nicht, die 5% bis 10% Prämien erhöhungen. Paracelsus hat einmal einen interessanten Satz dazu gesagt: Allein die Dosis macht das Gift. Seit Einführung des KVG, der obligatorischen Krankenkasse, hatten wir im Mittel über die 15 Jahre eine 5% Prämiensteigerung. Die frei verfügbaren Einkommen der Familien nehmen ab. Der Staatsanteil wächst und zwar schneller als das Bruttoinlandprodukt. Machen wir einen Steuerfussvergleich mit anderen vergleichbaren Gemeinden, ich weiss, dass das heikel ist. Nehmen wir Reinach, die liegen bei 52%, Muttenz liegt bei 56%, Aesch liegt bei 57%. Das Kantonsmittel im 2010 liegt bei 58,8%. Wir sind der Meinung, dass jetzt der Zeitpunkt da ist, um ein Zeichen zu setzen und den Entwicklungen sowohl in der Gemeindekasse als auch in den privaten Haushalten fiskalpolitisch Rechnung zu tragen. Allschwil kann sich das leisten. Der Steuerfuss hat auch etwas zu tun mit der Standortattraktivität von Allschwil. Deswegen beantragen wir Ihnen die Senkung des Steuerfuss um 2%, von 58% auf 56%.

Josua Studer, parteilos: Wir müssen jetzt diesen Worten folgen, die Hans-Peter Tschui als Fireko-Präsident und als SVP-Mitglied gesprochen hat. Sie stimmen und es trifft zu. Ich finde es schade, dass die SVP bei 2% bleiben möchte. Ich bin bereit zugunsten der 1,5% FDP und Empfehlung Fireko mein Budgetpostulat mit 1% zurückzuziehen. Ich habe einen Antrag auf namentliche Abstimmung eingereicht, damit wir das Gesicht zeigen müssen und jeder da draussen lesen kann, wer dafür und wer dagegen ist. Wir müssten das bei allen Budgetpostulaten zum Steuersenkungssatz anwenden und dann wird es wirklich morgen. Wir sollten uns auf eines einigen, und wenn die Fireko das von 1,5% möchte, dann könnten wir uns auf die 1,5% festlegen. Wir sind froh, wenn wir es hinkriegen. Bitte, liebe CVP, stimmt nicht so ab, wie im Landrat. Im Landrat erlebe ich es dauernd, dass ich ein grosses Fragezeichen habe, warum ich dort bin. Dort, wo die CVP abstimmt, kommt es durch, entweder mit den bürgerlichen oder mit den linken. In letzter Zeit ist es mehrheitlich links, aber das kann nicht sein, denn das ist keine Familienpolitik, sondern eine Sozialpolitik für die Sozialarbeiter in erster Linie. Darum wollen sie keine Steuersenkung. Den Grünen rufe ich zu: Seid für eine Steuersenkung, dann holt ihr Leute auf Allschwil, die euer Gedankengut tragen. Bitte stimmt dieser Steuersenkung zu. Ich wünsche keinem, dass er derjenige oder diejenige ist, die schuld daran ist, dass es keine Steuersenkung gibt. Ich ziehe mein Postulat zurück und hoffe auf die SVP.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion hat sich sehr lange und intensiv mit der Problematik der Steuersenkung beschäftigt. Vor allem auch deshalb, weil unterschiedliche Anträge von Seiten des Gemeinderates und der Fireko, der ich auch angehöre, vorliegen. Wir haben gesehen, dass sich der finanzpolitische Himmel entwölkt hat und sich eine gewisse Entspannung abzeichnet. Wir sehen auch die Problematik, die Hans-Peter Tschui vorhin angesprochen hat, dass die Ausgaben im nächsten Jahr steigen werden, die Mehrwertsteuer, die Arbeitslosenversicherung, die Mutterschaftsversicherung und die Krankenkassenprämien, die enorm steigen im nächsten Jahr. Wir sehen aber auch die Argumentation des Gemeinderates und insbesondere, wenn wir bis ins Jahr 2015 schauen, dass eine Neuverschuldung erwartet wird von CHF 25'000'000, wenn wir den Steuersatz so belassen, wie er jetzt ist. Die

Neuverschuldung würde noch steigen, wenn wir einer Steuersenkung zustimmen. Nach Abwägung von diesen Punkten und bezüglich der längerfristigen Finanzplanung, das hat nichts mit Familienpolitik oder Parteipolitik zu tun, sondern es ist ein reiner Blick auf die Finanzen, meinen wir grossmehrheitlich, dass eine Steuersenkung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gerechtfertigt ist. Die CVP-Fraktion wird darum die Steuersenkungspostulate ablehnen und ich persönlich werde mich der Stimme enthalten.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Es geht zwar auf Weihnachten zu und es ist Zeit für Geschenke, aber ich bin sicher, dass Sie im privaten Bereich auch nur Geschenke machen, die Sie selber finanzieren können. So sollten wir es auch mit den Gemeindefinanzen handhaben. Der Vergleich mit den umliegenden Gemeinden hinkt etwas. Ich gehe schwer davon aus, dass Sie ihr Haushaltsbudget aufgrund von Ihrem Einkommen festlegen und nicht aufgrund dessen, was die Nachbarn haben, sondern Sie schauen, was Sie verdienen und was Sie sich leisten können. Das sollten wir in der Gemeinde auch so handhaben. Wir haben es gehört, ich bin etwas überrascht, dieses Jahr resultiert ein Fehlbetrag von CHF 3'000'000. Es ist also nicht so, dass wir massive Überschüsse generieren. Falls wir im nächsten Jahr trotzdem Überschüsse generieren würden, dann ist das Geld nicht verloren. Das Geld bleibt in der Gemeindekasse drin und es kann verwendet werden für den Abbau von Schulden. Das hätte den Vorteil, dass wir zukünftig weniger Schuldzinsen bezahlen würden, das käme uns später zugute. Es ist durchaus möglich, dass wir zu einem späteren Zeitpunkt den Steuersatz anpassen. Wir haben gehört, dass grössere Investitionen anstehen und dass die prognostizierten Einnahmen zumindest hinterfragt werden müssen. Grössere Ausgaben sind in Aussicht gestellt. Wir Grünen sind der Ansicht, dass es zum jetzigen Zeitpunkt verantwortungslos wäre, wenn wir vorschnell die Steuern reduzieren würden. Reduziert hat man schnell, aber die Steuern wieder erhöhen, ist ein Problem. Wir empfehlen darum, dass man den Steuersatz vorläufig so belässt wie er ist, 58%.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Steuern sind ein wichtiges Thema. Das ist Geld der Gemeinschaft für Aufgaben der Gemeinschaft und wir tragen es hier zusammen. Aufgaben hat die Gemeinde in den nächsten Jahren ein paar. Das hat der Gemeinderat uns deutlich gemacht, wo und wie er das Geld investieren will. Wir unterstützen den Gemeinderat darin und sind davon überzeugt, dass das Geld richtig und sinnvoll investiert ist. Auch die Fireko hat in ihrem Bericht am 10. November den Steuerfuss einstimmig auf 58% belassen, hat dann bei der Behandlung der Budgetpostulate nicht viel mehr stichhaltige Gründe erhalten, sondern Anträge, die uns veranlassen sollen, den Steuerfuss zu senken. Wenn man genau hinschaut, ich habe hier ein paar Zahlen von Comparis zur Gemeinde Allschwil, dann sieht man, wer profitiert. Es sind nicht die Kleinverdiener, nicht die Familien oder der Mittelstand. Ihr seht auf der rechten Kolonne, wie viel es pro Jahr ausmacht und links wie viel man verdient. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Monatslohn von CHF 6'000 würde CHF 14 bei 1% Steuersenkung pro Jahr weniger Steuern bezahlen. Bei einem Ehepaar ohne Kinder mit CHF 14'000 Einkommen macht es beinahe CHF 300 aus. Man muss davon ausgehen, dass diese zwei sich dies leisten können. Sie haben keine Kinder und verdienen CHF 14'000, im Vergleich zu denen, die CHF 6'000 verdienen und zwei Kinder haben. Und dann gibt es noch Familien, die mehr Kinder haben, auch hier im Saal. Es gibt dann noch ein Beispiel mit CHF 8'000, ledig, alleinstehend, konfessionslos, 1%. Ihr seht, wo es einschneidet und wo nicht. Auch aus diesen Überlegungen stellt sich die Frage, wem wir mehr Geld geben wollen. Wir unterstützen den Gemeinderat. Wenn diese CHF 1'000'000 fehlen für die wichtigen Investitionen, dann geht es uns gleich wie dem Kanton Baselland, der trotz Widerstand der Linken es geschafft hat, die Steuern zu senken und nun vom Geberkanton zum Nehmerkanton geworden ist. Das darf uns in Allschwil nicht passieren. Wir haben ein paar Jahre lang geklagt, nice-to-have, wir haben uns Schritt für Schritt nach oben gearbeitet, und dieses Jahr ist noch keine Steuersenkung angesagt. Nutzen wir die Gelegenheit, um die anstehenden Investitionen beruhigt zu tätigen. Wir beantragen die Beibehaltung der Steuersätze.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: In Allschwil haben wir wirklich alles, was wir brauchen. Jede Dienstleistung, die wir brauchen, kann erfüllt werden. Alles, was wir uns nicht leisten können, hat vielleicht nicht einmal finanzielle Gründe, sondern es wäre nicht richtig, uns das zu leisten aus Anreizüberlegungen oder aus sozialpolitischen Überlegungen. In der Gemeinde Allschwil muss niemand aus finanziellen Gründen am Hungertuch nagen. Leute, die Geld verdienen, haben dafür gearbeitet. Wenn der Staat ihnen das wegnimmt, dann nimmt er denen, die wenig verdienen, auch wenig weg. Wenn der Staat jemandem sehr viel wegnimmt, dann gibt das natürlich eine grössere Entlastung. Wir haben eine sehr hohe Progression, wir haben eine Steuerbelastung, die relativ spät einsetzt. Die meisten Leute zahlen keine Steuern, fast eine Mehrheit der Bevölkerung. Die Steuerbelastung fängt erst spät an und sie fängt erst spät an einzuschenken. Es sind wenig Leute, die sehr viel Steuern zahlen. Im Kanton Baselland ist es so, dass 14% der Bevölkerung über 50% der Steuern bezahlen. Ein kleiner Teil der

Bevölkerung bezahlt sehr viel. Diese 14%, die sehr viel mehr Steuern bezahlen wie alle anderen, spüren die Entlastung stärker, weil sie auch sehr viel dazu beitragen. Jemand, der keine Steuern bezahlt, kann ja auch nicht entlastet werden. Die Ansicht, dass dies ein Geschenk für die Reichen ist, ist falsch. Es wird weniger weggenommen, und es wird immer noch genug weggenommen. Wir können jede Leistung erbringen, die wir wollen. Die Leistung, die wir nicht erbringen, wollen wir nicht erbringen, weil man muss Leistung und Arbeit auch belohnen und einen Anreiz schaffen dafür. Die Gemeinde Allschwil hat keine Probleme. Was die CHF 3'500'000 betrifft, Nedim Ulusoy, das hat damit zu tun, dass der Deal mit den Schulhäusern nicht abgewickelt werden konnte. Man hat sehr vorsichtig budgetiert, man hat sehr grosszügig Abzüge gemacht in Sachen Finanzausgleich und Sonderlasten. Wenn es wirklich so tragisch wäre, könnte man nächstes Jahr nochmals darüber diskutieren. Ich bin jetzt auch schon eine gewisse Zeit hier drin und es heisst jedes Jahr, dass es grad in diesem Jahr nicht passt, aber nächstes Jahr. Diese Taktik wird schon lange gemacht, obwohl wir gewaltige Überschüsse produzierten in den letzten Jahren und obwohl wir unsere Schuldenlast fast abbauen konnten und obwohl wir eine grosszügige Investitionsplanung haben, die zum Teil schon vorfinanziert ist.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich habe Mühe, die Steuersenkung wird immer in Verbindung gebracht mit der Attraktivität von Allschwil. Ich frage mich, wie glaubwürdig es ist, wenn in einer Gemeinde im Papier der Finanzplanung steht, dass bei bestehendem Steuersatz eine Neuverschuldung stattfindet. Wie glaubwürdig wir als Volksvertreterinnen und Volksvertreter sind, wenn wir die Steuern senken und uns noch mehr verschulden, das verstehe ich nicht. Das hat für mich nichts mit Attraktivität, sondern mit Blödheit zu tun. Entschuldigung, ich bin müde.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Zwei Bemerkungen als Finanzpolitiker. Die erste an die Adresse von Nedim Ulusoy. Er unterstellt uns, dass Steuersenkungen ein Geschenk seien. Er unterstellt, dass erarbeitete Einkommen, dem Staat gehören. So weit sind wir noch nicht. Die zweite Bemerkung betrifft die Steuererhebung im Hinblick auf Verpflichtungen im Planjahr 2013 und 2014 oder folgende. Es ist ordnungspolitisch fragwürdig, Steuern zu begründen oder Steuersenkungen abzulehnen mit der Begründung, dass wir Steuern brauchen, weil wir in den Jahren 2013 und 2014 grössere Investitionsvorhaben haben.

Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nochmals auf die Standortattraktivität von Allschwil zurückkommen. Ich bezweifle, dass dies etwas mit der Steuersenkung zu tun hat. Heute gelten ganz andere Kriterien, wieso jemand einen Umzug plant oder in eine Gemeinde zieht. Familien schauen, welches familienergänzende Betreuungsangebot diese Gemeinde hat, ob es zahlbare Wohnungsmieten hat, es ist wichtig, ob eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr besteht, die Stadtnähe sehe ich als Standortattraktivität von Allschwil. Es gibt ein Naherholungsgebiet und ein vielseitiges Vereinsleben. Mit diesen Kriterien kann Allschwil punkten und sich zeigen lassen.

Gabi Husche, SP/EVP-Fraktion Siro Imber hat gesagt, dass er findet, wir hätten in Allschwil alles. Ich bin keine Sozialarbeiterin und ich finde trotzdem, dass wir noch nicht alles haben in Allschwil. Wir können uns noch fest verbessern. Ich habe heute Abend das Postulat eingereicht betreffend familienergänzendes Angebot. Wir leben seit vier Jahren mit einer Warteliste von 100 Kindern. Man sagt den Eltern, dass sie mit einem Jahr Wartefrist rechnen müssen. In Basel war das im letzten Jahr im Durchschnitt einen Monat, bis die Eltern ihre Kinder platziert hatten. In diesem Bereich müssten wir noch etwas machen und das wird neue Kosten verursachen. Wir müssen attraktiv werden, nicht über die paar Franken, die die meisten hier im Jahr einsparen können, sondern indem wir ein gutes Angebot schaffen. Ich finde, es braucht auch ein neues Angebot fürs Alter. Ich hätte gerne betreutes Wohnen im Alter, dass die Gemeinde dies fördert und irgendwie unterstützt. Ich finde auch, dass es in der Kultur noch viele Sachen gibt, die man in der Gemeinde machen könnte. Der Mühlestall bringt mir zu wenig, ich denke immer noch an eine Mehrzweckhalle. Das ist ein grosses Thema, das wir hinausschieben. Ich bin sehr gegen diese Steuersenkung.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Kurz zum Votum von Siro Imber. Er hat gesagt, wenn jemand etwas verdient, dann gehört ihm das. Da habe ich eine etwas andere Sicht, vielleicht ist das der Unterschied zwischen FDP und EVP. Ich betrachte Geld als ein mir anvertrautes Gut, mit dem ich verantwortungsvoll umgehen kann. Ich kann es auch weitergeben oder für andere einsetzen, es ist nicht primär einfach von mir. Ich wurde gut bürgerlich erzogen von FDP-Stimmgängern. Meine Eltern haben mir gelehrt, dass ich das ausbebe, was ich habe, dass ich keine Schulden mache, dass ich teure Sachen kaufe, die lange

halten und dass ich längerfristig plane. Wenn ich etwas möchte, dann lege ich auf die Seite, und wenn ich habe, dann kann ich kaufen. Das ist gut bürgerliches Denken. Was jetzt von da drüben kommt, dass man die Mühle sanieren wolle und noch dies und jenes möchte, das passt nicht ganz überein mit dem, was Siro sagt, wir hätten alles. Wenn man viele Wünsche hat, dann muss man das Geld auf die Seite tun, dann lässt man den Steuersatz und dann kann man Wünsche haben. Ansonsten streicht man auf einmal CHF 700'000 weg. Das passt für mich nicht zusammen. Ich habe beim statistischen Amt Baselland nachgeschaut wegen den Steuerprozenten. Bezirk Waldenburg 60% im Durchschnitt, Sissach 60% im Durchschnitt, Liestal 58,5% im Durchschnitt, Bezirk Laufen fast 60% im Durchschnitt. Einzig das untere Baselbiet, Arlesheim hat 52,7% im Durchschnitt. Da hat es Gemeinden, die sind hoch wie Allschwil, Schönenbuch, Birsfelden usw. und dann ein paar die unten sind, Binningen, Bottmingen usw. Im unteren Baselbiet gibt es diese Differenzen. Im Rest des Kantons und beim ganzen kantonalen Durchschnitt mit 58,6% sind wir voll dabei. Es muss niemand sagen, dass wir obenauf schwingen, das stimmt nicht. Ich habe einen schönen Vers in einem EVP-Flyer gelesen: Wir zahlen gerne Steuern, solange sie recht sind und alle dazu beitragen. Alle, das heisst, diejenigen, die viel haben, denen ist viel anvertraut, die können auch mehr geben. Ich glaube nicht, dass es euch oder mir weh macht, wenn ich hohe Steuern zahlen muss. Und wenn ich wenig habe, dann bin ich froh, dass ein Reicher mitträgt, damit meine Steuern nicht höher werden oder Sozialleistungen gekürzt werden oder Verbilligungen wegfallen.

Jean-Claude Bourgnon, SP/EVP-Fraktion: Zum Standortmarketing gibt es diverse Untersuchungen aus der Schweiz. Die Steuerbelastung ist sehr wohl ein Punkt, aber sie liegt immer etwa an vierter oder fünfter Position. Immer vorne liegt das kulturelle Angebot, das Bildungsangebot, die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr, alles Sachen, die sehr wesentlich aus Steuermitteln finanziert werden müssen. Wenn wir viele Schulden haben als Gemeinde, dann kann man uns zu Recht vorwerfen, wir leben auf Kosten der kommenden Generationen, schieben Investitionen raus oder vernachlässigen die Infrastruktur im Unterhalt, dies läuft auf das gleiche heraus. Wenn wir die Finanzplanung anschauen, die eine überblickbare Zeit umfasst, dann muss man zum Schluss kommen, dass es nicht verantwortlich ist, jetzt Steuern zu senken.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Zum Thema Steuern und Steuersätze. Erstaunlicherweise hat die Stadt Basel sehr viele Abgänge in andere Kantone, weil der Steuersatz saumässig hoch ist. Sie müssen doch nicht sagen, dass dies keine Auswirkung hat. Es hat eine sehr grosse Auswirkung auf die Leute. Ich kam von Bern nach Basel, weil ich eine Stelle hatte, und brauchte innerhalb von drei Wochen eine Wohnung. Ich habe geschaut, wo es verträglicher ist als in der Stadt. Ich bin nach Allschwil gezogen, weil ich zufälligerweise in einem Artikel gelesen habe, dass man vorhabe Steuern zu senken. Das ist mittlerweile 11 Jahre her. Man sagt immer, man wolle Steuern senken und wenn es zur Debatte kam, dann hiess es immer nächstes Jahr. Christoph Benz hat an der letzten Einwohnerratssitzung gesagt, dass wir lernen müssen zu sparen. Wenn wir mit den Steuern runtergehen, dann seid ihr gezwungen zu sparen. Jetzt könnte man das umsetzen, was du gesagt hast: Wir müssen sparen. Sagen Sie ja dazu, wir sparen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Es liegt ein Antrag vor, dass wir die Rednerliste schliessen. Wir stimmen darüber ab.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Rita Urscheler, Grüne Fraktion: Ich gehe für einmal sehr einig mit Simon Zimmermann. Ich bin auch sehr fürs Sparen. Wenn ich mir als gute Allschwiler Bürgerin im Jahr 2015 ein Auto kaufen möchte, dann fange ich jetzt an zu sparen, weil ich nicht dies seltsam finanzieren möchte. Das Geld, das mich am meisten reut, sind die Zinsen. Die Zinsen sind etwas, das einfach weg geht, aber ich bekomme dafür nichts, das ist jetzt vielleicht ein bisschen Laienfinanzen. Ich möchte Hans-Peter Tschui sehr widersprechen, der gesagt hat, dass es ordnungspolitisch fragwürdig sei, jetzt auf eine Steuersenkung zu verzichten, weil Ausgaben auf uns zukommen. Ich habe Probleme mit dieser Logik. Ich habe anscheinend ein sehr ähnliches Elternhaus wie Christoph Benz. Es hiess, dass ich mir alles leisten könne, wenn ich mir das vorher erspare. Ich bin mit meinem in einer Woche 51-jährigen Leben sehr gut damit gefahren und damit schliesse ich mein Votum.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Ich stelle einen Ordnungsantrag. Die SVP-Fraktion zieht ihr Postulat zurück und unterstützt das der FDP.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft und somit kommen wir zur Abstimmung vom Budgetpostulat. Es wurden zwei von drei zurückgezogen. Es liegt jetzt noch das Budgetpostulat der FDP/GLP-Fraktion vor mit dem Antrag einer Senkung des Steuerfusses für natürliche Personen auf 56,5%. Gleichzeitig liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung über die Steuersenkung vor, der von fünf Personen unterschrieben worden ist. Somit haben wir eine namentliche Abstimmung, ob wir diesem Budgetpostulat zustimmen oder nicht. Ich gebe das Wort Herrn Proschek.

Die Abstimmung ist somit unter Namensaufruf erfolgt:

Folgende Einwohnerräte stimmen für Ja: Gruber Markus, Gürtler Kathrin, Imber Siro, Imhof René, Klauser Liane, Lochmann Matthias, Mollat Jérôme, Roos Cedric, Studer Josua M., Studer Susanne, Tschui Hans-Peter, Uccella-Klauser Pascale, Vogt Jürg, Von Arx Peter, Zimmermann Simon.

Folgende Einwohnerräte stimmen für Nein: Adam Philippe, Adam Rolf, Bammatter Andreas, Benz Christoph, Bieri Armin, Bitterli Andreas, Bourgnon Jean-Claude, Brügger Lukas, Gnos Benedikt, Gosteli Julia, Huschke Gabriela, Kneier Kurt, Maurer Simon, Oppliger Mathilde, Roth Evelyne, Selinger Barbara, Ulusoy Nedim, Urscheler Rita, Wagner-Sakar Semra, Weber Killer Juliana, Winter Jean-Jacques.

Enthaltungen: Möller Thomas, Wolf Stephan.

Abwesend und entschuldigt: Brack Peter, Spiegel Florian.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben folgendes Resultat: 21 Nein, 15 Ja, 2 Enthaltungen.

://:

Das Postulat ist somit nicht angenommen.

Wir kommen zu den restlichen Anträgen des Gemeinderates. Antrag 2:

Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen wird unverändert auf 58% der Staatssteuer festgelegt.

://:

Der Antrag wird mit 20 Ja, 2 Nein und 15 Enthaltungen angenommen.

Antrag 3:

Die Steuersätze für juristische Personen werden wie folgt festgelegt.

a Kapitalgesellschaften Genossenschaften Ertrag 5%, Kapital 2,75 Promille

b Vereine Stiftungen übrige juristische Personen Ertrag 58% der Staatssteuer, Kapital 2,75 Promille

c Holdinggesellschaften, Liegenschaftsnettoertrag 58% der Staatssteuer, von ausländischen Quellen besteuertes Einkommen 5%, Kapital 0,10 Promille, mindestens CHF 100

d Domizilgesellschaften Kapital 0,5 Promille, mindestens CHF 100

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag 4:

Die Feuerwehersatzabgabe beträgt für natürliche Personen unverändert 6% der Gemeindesteuer.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft 3954. Wer das Geschäft abschliessen möchte, bezeugt das mit Kartenerheben.

://:

Das ist einstimmig.

575 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro anstelle des zurückgetretenen Florian Bammatter, SP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3966

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Die SP schlägt Ihnen Frau Viviane Winter vor.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Nominationen? Wird die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist Frau Viviane Winter gewählt.

576 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3.1

Wahl eines Mitgliedes in die Vormundschaftsbehörde anstelle des zurückgetretenen Florian Spiegel, SVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3983

Wir kommen zum eingeschobenen Traktandum für die Wahl eines Mitgliedes in die Vormundschaftsbehörde anstelle des zurückgetretenen Florian Spiegel für den Rest der laufenden Amtsperiode bis 30.06.2012. Ich frage nach Nominationen.

Cedric Roos, 1. Vizepräsident: Die SVP schlägt Ihnen Werner Schwarz vor.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Nominationen? Ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist Werner Schwarz gewählt.

577 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 24.11.2010 und der GPK betreffend Leistungsvereinbarung Stiftung Tagesheime Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 3969 / A

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist? Das ist nicht der Fall. Ich gebe das Wort dem GPK-Präsidenten Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Die GPK wurde vom Gemeinderat eingeladen, diesen Bericht zu erstellen und diese Leistungsvereinbarung zu prüfen. Der Bericht liegt Ihnen vor, die neue Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Tagesheime Allschwil. Wie Sie dem Antrag auf der letzten Seite entnehmen können, empfiehlt die GPK die Leistungsvereinbarung anzunehmen unter Einbezug der abweichenden Haltung bezüglich der Vertragsdauer. Die GPK konnte am 06. Dezember im Beisein von Gemeinderat Arnold Julier und dem Hauptabteilungsleiter Daniel Siegrist alle Detailfragen klären. Es ging hauptsächlich um formelle Sachen, die sich mit der Struktur der Leistungsvereinbarung mehr oder weniger zwangsläufig ergeben. Die Gemeinde Allschwil hat es sich zum Ziel gemacht, alle Leistungsvereinbarungen in der gleichen Struktur aufzustellen. Alle Leistungsvereinbarungen haben die gleichen Titel, was juristisch korrekt ist, aber lesbar für uns zum Teil holprig ist oder zu missverständlichen Aussagen für uns Laien führen kann. Da sie juristisch aber korrekt sind, sind sie selbstverständlich okay und werden angenommen. An dieser Stelle dankt die GPK dem Gemeinderat Arnold Julier und dem Hauptabteilungsleiter Daniel Siegrist, beides keine Juristen, für die Klärung der Details.

Eingangs habe ich bereits erwähnt, findet die GPK bei ihrer Beurteilung diese Leistungsvereinbarung okay bis auf den Passus über die jährliche Anpassung der Elternbeiträge bei Kapitel 9, Punkt 9.1. In der jetzt gültigen Leistungsvereinbarung bis Ende Jahr sind die Elternbeiträge für mehrere Jahre gleich geblieben. Eine grosse Mehrheit der GPK unterstützt den Antrag der Stiftung, dies auch in Zukunft alle drei Jahre zu machen. Gründe dafür sind die Kundenfreundlichkeit, die zu erwartende Änderung des Bildungsgesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung, FEB, sowie der FEB-Gesetzesentwurf im Frühbereich, wo das Ganze wieder neuen Finanzierungsstrukturen zuzuführen ist. Ebenso finden wir, hat eine Zusammensetzung der Kinder und somit auch die Kaufkraft der Eltern und die Beiträge nach Kostenschlüssel nichts mit der Dienstleistung des Tagis zu tun. In der heutigen Leistungsvereinbarung aus dem Jahr 2004 ist eine Regelung vorgesehen, "in besonderen Ausnahmefällen kann die Gemeinde.... dies beantragen". Das scheint der GPK genügend zu sein. Wie bei jeder Leistungsvereinbarung wird immer über die Vertragsdauer und den Kostgeld-Berechnungsschlüssel heftig diskutiert. Die GPK schlägt deshalb vor, dieses Thema einmal als eigenes Thema dem Einwohnerrat zu geben, denn es macht auf Dauer nur Sinn, wenn die Leistungsvereinbarungen unter der gleichen Optik beurteilt werden. Die Resultate von dieser Prüfung des Kostgeld-Berechnungsschlüssels sollen zukünftig die Basis sein für den Entscheidungsfindungsprozess sein. Zusammenfassend nochmals den Antrag der GPK. Die GPK empfiehlt dem Einwohnerrat die Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Tagesheime unter Einbezug der abweichenden Haltung bezüglich der Vertragsdauer jährlich auf drei Jahre zu ändern. Ich danke im Namen der GPK der scheidenden Mathilde Oppliger für ihre Dienste, wir werden sie im Februar nochmals in einer GPK-Sitzung gebührend verabschieden. Ich danke all meinen Kolleginnen und Kollegen und speziell den Herren Julier und Siegrist für die Unterstützung, sodass wir in dieser kurzen Zeit die Leistungsvereinbarung termingerecht heute Abend auf den Tisch bringen konnten.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich halte mich kurz. Die Kinderbetreuung ist ein heute sehr oft diskutiertes Thema, insbesondere in Zusammenhang mit dem vorgesehenen neuen Gesetz über die neue familienergänzende Kinderbetreuung, das eigentlich bereits im Oktober 2007 in der Vernehmlassung war. Ebenso lief eine Diskussion mit dem Tageskindergarten, das wird auch so sein, wenn es die Abstimmung über die Tagesschule gibt. Mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frau, die einerseits von vielen Frauen gewünscht wird, oft aber auch schlicht notwendig ist, um die Familie ernähren zu können, aber auch die veränderten Familienstrukturen spielen eine zentrale Rolle. Es entstehen vermehrt Patchwork-Familien und Eineltern-Familien. Damit stellt sich immer häufiger die Frage, wo die Kinder in der Zeit der Abwesenheit der Eltern am besten aufgehoben sind. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, soll und können Partner sich Erwerbs- und Familienarbeit teilen, sodass immer ein Elternteil die Kinder betreuen kann. Soll und können Grosseltern die Kinderbetreuung übernehmen, was ja des öfteren der Fall ist und wo ein grosses Potenzial an die Kinderbetreuung geleistet wird, oder kann diese Aufgabe allenfalls Verwandten oder Bekannten übertragen werden, oder müssen die Kinder in einer Tagesfamilie oder im Tagesheim untergebracht werden. Die Nachfrage nach familienexterner Kinderbetreuung hat in den letzten Jahren zugenommen, auch in Allschwil, aufgrund der Neuzuzüger und aufgrund der wirtschaftlich positiven Entwicklung unserer Gemeinde. Seit der Einrichtung der Stiftung Tagesheime, die auf Initiative der Interessengemeinschaft der Industrie Allschwil, der Einwohnergemeinde, der Sozialhilfe und der politischen Parteien, CVP, FDP und SP, entstanden ist im Juni 1963, Allschwil war damals schon eine fortschrittliche Gemeinde. Mit der Zusammensetzung der Errichtung der Stiftung begründet sich die Besetzung der heutigen Stiftungsratsmitglieder. Seither haben die familienergänzenden Betreuungsangebote insbesondere in den letzten zwei bis drei Jahren zugenommen und es sind mehr Möglichkeiten vorhanden, als dies vorher der Fall war. Heute steht ein ergänzendes öffentliches und privates Betreuungsangebot da. Wir haben das in der Einwohnerratsvorlage aufgelistet, soweit dies uns

bekannt ist. Die Liste ist aber nicht ganz abschliessend. Die Stiftung Tagesheime ist eine Institution, die mit der Einwohnergemeinde eine der ersten Leistungsvereinbarungen abgeschlossen hat, und zwar am 1. April 1999, und am 01.01.2005 wurde sie erneuert. Die nun vorliegende Version dieser Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Tagesheime ist in der Aufgliederung und der Norm den anderen Leistungsvereinbarungen angepasst worden. Neben den formellen Anpassungen wurden auch inhaltliche Änderungen und Präzisierungen vorgenommen. Die wichtigsten Änderungen und Neuerungen sind auf Seite 4 der Vorlage aufgeführt und erläutert. Das sind insbesondere neue Alterslimiten. Bisher war es 2 Monate bis 15 Jahre, neu ist es ab 3 Monaten bis 13 Jahre. Aufnahmekriterien sind in Ziffer 4.1 präzisiert und ausgedeutet worden. Sie wurden bis jetzt auch so angewendet. Eltern, die ihren zivilrechtlichen Wohnsitz nicht in Allschwil haben, erhalten keine Subventionen mehr gemäss Subventionsschlüssel, wie das bisher der Fall war. Die jährliche Festlegung der Elternbeiträge, die Ansätze pro Kind und Tag werden jährlich vom Gemeinderat genehmigt, analog der anderen Institutionen. Die Verfügung der Elternbeiträge, die Elternbeiträge müssen neu von der Geschäftsleitung verfügt werden, und zwar aus rechtlichen Gründen, damit die Eltern eine Beschwerdemöglichkeit haben. Der Stiftungsrat hat am 25. Oktober 2010 dieser Leistungsvereinbarung zugestimmt mit Ausnahme von Ziffer 9.1, die jährliche Festlegung der Elternbeiträge, und möchte nur eine dreijährliche Anpassung der Ansätze, wie es der GPK-Präsident vorhin ausgeführt hat.

Ich habe noch eine Bemerkung zum GPK-Bericht. Es steht, dass die Elternbeiträge wie bisher alle drei Jahre angepasst werden sollen. Das ist nicht der Fall, früher wurden die Elternbeiträge so lange festgelegt, wie die Leistungsvereinbarung gedauert hat. Dieser Subventionsschlüssel ist so angelegt, dass die Einkommensklassen von einer minimalen Subvention profitieren. Wer über CHF 109'536 hat, kann von der Subvention mit dem Subventionsschlüssel nicht mehr profitieren, diese müssen den vollen festgesetzten Elternbeitrag bezahlen. Der Gemeinderat beantragt Ihnen die vorliegende Leistungsvereinbarung ohne Änderungen zu genehmigen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Beratung als Ganzes, nachher wird noch eine Detailberatung stattfinden.

Josua Studer, parteilos: Ich finde es gut, dass man eine Leistungsvereinbarung macht. Ich finde es aber noch wichtiger, dass man in der Leistungsvereinbarung die Sache gut schreibt, insbesondere dass beide Parteien gleich belastet werden, wenn eine Einhaltung nicht gemacht wird. Ich habe zu vier Punkten einen Antrag, 6, 8, 10 und 19. Das ist in meinen Augen zugunsten der Gemeinde, damit sie sauber da steht. Ich habe zwei Korrekturen zum Reglement und eine Frage zum Reglement. Ich komme in der Detailberatung gerne darauf zurück. Für uns ist klar, dass wir das durchnehmen müssen.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Die neue Leistungsvereinbarung mit der Stiftung für Tagesheime ist eine sehr gute Grundlage für das Zusammenwirken der Stiftung mit der Einwohnergemeinde Allschwil. Sie überzeugt durch eine klare formale Struktur, Auslagerung von organisatorischen Detailregelungen im Anhang, das war in der alten Leistungsvereinbarung nicht so, neue und wichtige inhaltliche Ergänzungen für Leistungsstörungen und Konfliktregelungen sowie Präzisierungen, die die Interessen von allen Anspruchsgruppen einbeziehen. Einen Einwand haben wir zum Anhang 1.6 Subventionsschlüssel. Grundsätzlich fragen wir uns, weshalb sich Subventionsschlüssel hinsichtlich ihrer Eckwerte und dem Kurvenverlauf unterscheiden zwischen der von der Tagesschule beispielsweise und der vorliegenden mit der Stiftung Tagesheime. Da sehen wir Handlungsbedarf für die Harmonisierung der Subventionsschlüssel.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich selber bin Stiftungsrätin der Stiftung Tagesheime und ich war von Anfang an dabei, als wir diese Leistungsvereinbarung neu machen wollten. Ich möchte mich ganz kurz fassen. Der ganze Stiftungsrat ist mit dem vorliegenden Papier sehr zufrieden. Wir finden, es gab ganz tolle Neuerungen und Anpassungen, die sehr wichtig sind. Es gibt den einen Punkt, 9.1, den wir als Stiftungsrat anders haben möchten. Das werde ich aber sagen, wenn wir bei diesem Punkt sind.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Mit der GPK haben wir sehr intensiv diese Leistungsvereinbarung diskutiert und geprüft. Wir haben mit wenigen Einwänden den Bericht gutheissen können. Wie Andreas Bammatter bereits gesagt hat, ist die GPK dafür, dass die Elternbeiträge nur alle drei Jahre angepasst werden und nicht jährlich, wie von der Gemeinde vorgesehen. Es gab einen weiteren Diskussionspunkt, dass alle Einkommensklassen bis auf die ganz hohe vom Subventionsschlüssel profitieren. Das haben wir auch diskutiert. Bei uns in der CVP-Fraktion ist die Mehrheit jedoch für die Textversion des

Gemeinderates, die eine jährliche Anpassung der Elternbeiträge festlegen will. Fast alle Einkommensklassen profitieren von einer minimalen Subvention, das war bei uns in der CVP unbestritten. Die Ermässigung, auch für höhere Einkommen, ermöglicht eine gute Durchmischung von allen sozialen Schichten in den Tagesheimen, das ist ein wichtiger Aspekt. Die Mehrheit der CVP-Fraktion wird der Erneuerung der Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Tagesheim zustimmen.

Rita Urscheler, Grüne Fraktion: Ich melde mich als Mitglied der GPK. Ich fühle mich etwas redundant, ich habe das vor einem Jahr auch schon gesagt. Mich hat es gestört, dass wir die ganzen Unterlagen sehr spät und sehr knapp erhalten haben. Es ist für uns sehr wichtig, damit wir eine gute Arbeit leisten können, dass wir die Sachen rechtzeitig haben. Wir mussten viel auf dem Korrespondenzweg machen und haben eine zusätzliche Sitzung eingefügt, an der nicht alle teilnehmen können. Ich bitte wirklich darum, dass es zügig zu uns kommt, zumal ich erfahren habe, dass die Unterlagen vom Stiftungsrat sehr früh weitergegeben wurden.

Als Fraktionssprecherin möchte ich mitteilen, dass wir Grünen das Ganze mit Anpassung von diesem bewussten Punkt, der bereits angesprochen wurde, gutheissen. Wir finden es nicht sinnvoll, dass ein so hoher Aufwand betrieben wird, um jedes Jahr gewisse Zahlen neu zu eruieren.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Wir unterstützen diese Leistungsvereinbarung und wir haben auch über diese Jahre diskutiert. Es ist bei den anderen Leistungsvereinbarungen auch so, wir könnten so damit leben. Die Justizkommission hat das FEB beschlossen, das Gesetz über die Betreuung im Frühbereich. Das sollte im Frühling in den Landrat kommen und auf 2012 in Kraft treten. Das würde eine grundsätzliche Änderung geben von der Objekt- zur Subjektfinanzierung, dann würde alles anders werden. Das ist auch die Antwort zu Steuersenkung und Leistungen. Mit der Subjektfinanzierung haben wir die Möglichkeit, dass jeder die Leistung in Anspruch nehmen kann. Ob es angeboten wird oder nicht, steuert nicht die Gemeinde, sondern die Privaten. Zum Vorgehen: Wir sind davon ausgegangen, dass es eine Leistungsvereinbarung ist, die man genehmigen kann oder nicht. Take it or leave it. Wir sind etwas erstaunt, dass nun plötzlich Änderungsanträge vorliegen zum Inhalt der Leistungsvereinbarung. Ich wäre froh, wenn jemand dazu Stellung nehmen könnte vom Gemeinderat, wie das genau ist.

Arnold Julier, Gemeinderat: Das ist bis jetzt noch nie vorgekommen. Wenn es jetzt Änderungen gibt, dann muss man diese Änderungen mit der Stiftung wieder neu aushandeln. Wir können hier nicht einfach etwas beschliessen. Es ist eine Leistungsvereinbarung und keine Leistungsbestimmung. Wenn Sie hier andere Sachen beschliessen, dann kann man die nicht in Kraft setzen, sondern dann muss man zurück in den Stiftungsrat, dort beginnen die Verhandlungen wieder neu. Wenn Siro sagt, dass der Landrat im Frühling dies beschliesst und ab 01.01.2012 sowieso ein neues Gesetz kommt, dann sehe ich nicht ein, dass wir hier noch eine Kurve machen müssen und warum man der Leistungsvereinbarung, so wie sie ist, nicht zustimmen können. Ich erinnere an das Gesetz über die Pflege und Betreuung im Alter. Wir hatten eine Leistungsvereinbarung auf dem Tisch und gesagt, dass das Gesetz jetzt kommt. Da haben wir vier Jahre gewartet. Aber ich nehme an, es ist jetzt so weit, es ist schon lange im Köcher. Wenn der Landrat dies im Frühling behandelt, dann sollte es auf den 01.01.2012 in Kraft treten, dann muss sowieso alles geändert werden. Darum bitte ich Sie, dass Sie der Leistungsvereinbarung, so wie sie da ist, zustimmen.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Der eine Punkt, den ich hier einbringe, der ging durch die Stiftung Tagesheime. Ich kann den Antrag hier stellen, es ist eine Vereinbarung, die der Stiftungsrat annehmen würde. Peter Kury ist da und Susanne Studer kann dies auch bezeugen. Den einen Punkt könnten wir hier beschliessen und das wäre dann trotzdem eine Leistungsvereinbarung, die ab Januar 2011 gelten könnte.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion möchte in keiner Art und Weise den Beschluss über diese Leistungsvereinbarung blockieren. Wir regen an, die Harmonisierung der verschiedenen Subventionsschlüssel anzudenken.

Arnold Julier, Gemeinderat: Das ist ein Beschluss, der in Zusammenhang mit der Leistungsvereinbarung steht, dass wir diese Leistungsvereinbarungen umgehend in die Hand nehmen und dementsprechend anpassen. Das ist etwas, was bereits vom Gemeinderat aufgelegt wurde. Gabi Huschke muss ich sagen, wenn Sie jetzt einen Antrag stellen, dass man dies dreijährig macht, dann

muss das Ganze zurück in den Stiftungsrat. Wenn der Antrag von dir durchkommt, dass man es auf drei Jahre macht, dann braucht es das nicht mehr. Wenn man bei einem Jahr bleiben möchte und ein Antrag der Vertretung des Stiftungsrates kommt, dann muss es zurück in den Stiftungsrat, weil es dann ein Jahr ist und nicht drei Jahre. Das verzögert das Ganze und dann tritt es vielleicht am 01. Juli in Kraft. Das ist nicht sehr geschickt.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Wir haben das im Stiftungsrat einstimmig beschlossen, dass wir mit diesem einen Punkt nicht einverstanden sind. Das ist eine kleine Sache, dass man dies im Stiftungsrat nochmals behandelt. Das ist für mich kein Grund, dies zurückzuziehen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. wir kommen zur Detailberatung.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

Keine Wortmeldung

2. Überblick familienexterne Tagesbetreuung in Allschwil

Keine Wortmeldung

3. Erwägungen

Keine Wortmeldung

1. Kapitel Allgemeines

1. Ausgangslage

Keine Wortmeldung

2. Gesetzliche und weitere Grundlagen, Verbindlichkeiten

Keine Wortmeldung

2. Kapitel Ziele Aufgaben und Leistungen der STTA

3. Ziele

Keine Wortmeldung

4. Aufnahmekriterien

Keine Wortmeldung

3. Kapitel Personelles

5. Grundsätze Personal

Keine Wortmeldung

6. Anstellungsbedingungen

Josua Studer, parteilos: Ich habe Ihnen eine Folie geben, die Sie abgedeckt zeigen können, vielleicht kann man es lesen. Es geht um ein Detail. Ich finde die Formulierung schlecht, hier wird nur auf eine Sache hingewiesen. Der Stiftungsrat Tagesheim trifft geeignete Massnahmen zur Verhinderung sexueller Belästigung. Das ist unbestritten. Jetzt kommt es: "im Sinne der Artikel 2 folgende des Bundesgesetzes...". Wenn ich dort lese, dann wird dort nicht nur über sexuelle Belästigung am Arbeitsort geschrieben, sondern dort geht es um allgemeine Diskriminierung, dass Mann und Frau gleichgestellt wird etc. Deshalb sollte man dort grundsätzlich schreiben: "...trifft geeignete Massnahmen am Arbeitsplatz im Sinne der Artikel 2 folgende Bundesgesetz". Dann ist alles eingeschlossen, man muss nicht eine einzelne Sache herausnehmen, sonst heisst es dann, dass die anderen Sachen nicht zählen. Das ist nur eine redaktionelle Änderung.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Wir sind hier nicht an der Stelle, um redaktionelle Änderungen zu diskutieren. Ich finde, es soll um wichtige Punkte gehen. Wenn wir sehen, dass es nicht durchgeht, dann muss man diese halt ablehnen. Aber redaktionelle Geschichten sind nicht die Idee der jetzigen Diskussion.

Arnold Julier, Gemeinderat: Das ist so gemeint, weil dies eben ganz speziell ist. Dort ist man umso vorsichtiger, aber die anderen gelten natürlich auch, darum wird der Artikel des Bundesgesetzes erwähnt. Aber speziell dieses Thema könnte vorkommen, die Gleichstellung von Mann und Frau ist bei der Kinderbetreuung vielleicht weniger gefragt. Aber darum hat man den Rest hineingetan, indem man Bundesgesetz erwähnt.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Nur weil hier die Verhinderung sexueller Belästigung ausdrücklich erwähnt wird und die anderen Sachen des Gleichstellungsgesetzes nicht, kann man dadurch nicht den Umkehrschluss ziehen, dass die anderen Bereiche des Gleichstellungsgesetzes nicht gelten sollen. Das Bundesrecht steht über kantonalem und kommunalem Recht. Ich verstehe das Anliegen von Josua Studer, aber er muss sich hier keine Sorgen machen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Es gibt keine weiteren Wortbegehren, wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag.

://:

Der Änderungsantrag wird mit 18 Nein, 13 Ja und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Wir fahren fort in der Detailberatung.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

4. Kapitel Leistungen der Gemeinde, Finanzielles
1. Abschnitt Gemeinde

7. Unterstützungspflicht der Gemeinde
Keine Wortmeldung

2. Abschnitt, Finanzielles

8. Ausgangslage

Josua Studer, parteilos: Bei der Ausgangslage wird aufgezählt, was die Einnahmen sind. Erträge aus Leistungen, Kostenbeteiligung der Gemeinde, freiwillige Zuwendungen. Was hier fehlt sind die Elternbeiträge.

Arnold Julier, Gemeinderat: Erträge aus Leistungen sind Leistungen, die die Eltern bezahlen. Es gibt nicht mehr, das ist der Ertrag, wo die Leistungen von den Eltern bezahlt werden. Dazu kommt die Subvention der Gemeinde und dann gibt es allenfalls noch Spenden. Etwas anderes gibt es nicht.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Herr Studer, möchten Sie das Wort nochmals?

Josua Studer, parteilos: Lassen wir es sein.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gut, wir fahren fort in der Detailberatung.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

9. Elternbeiträge

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Jetzt sind wir beim Punkt 9.1, wo die Gemeinde möchte, dass wir jährlich den Kostgeldschlüssel neu berechnen. Bis jetzt hat man dies von Leistungsvereinbarung zu Leistungsvereinbarung gemacht. Das war das letzte Mal im Mai 2004 und jetzt bis 2011, das ist lange. Drei Jahre fänden wir besser. Die Gemeinde möchte eine jährliche Anpassung, weil sie eine Vereinheitlichung mit allen anderen Organisationen möchte, die eine Subvention erhalten. Aus meiner Erfahrung als Stiftungsrätin finde ich, dass eine dreijährige Berechnung reichen würde. Ich würde gerne noch die andere Folie zeigen. Sie sehen hier über vier Jahre, wie der Überblick aussieht, wie der Vollkostensatz aussieht. Dieser schwankt zwischen CHF 106 und CHF 113. Wir gehen in der Leistungsvereinbarung von einem Vollkostensatz von rund CHF 110 aus, im Schnitt ist das in etwa so. Es sind rund plus/minus CHF 4 und einmal sind es CHF 7 Differenz. Man hätte sagen können, dass wir im 2010 mit dem Elternsatz ein bisschen hinaufgehen, weil die CHF 113 über den normalen CHF 110 liegen. Aber die Berechnung von diesem neuen Kostgeld, wie es auf dieser Liste ist, machen wir sowieso, aber das Umrechnen auf 25 Stufen, dies den Eltern mitteilen, dies kontrollieren, ist jedes Jahr ein Aufwand von rund CHF 4'000, das habe ich vom Geschäftsleiter der Stiftung Tagesheime gehört. Da dies relativ konstant bleibt, finden wir im Stiftungsrat und ich finde das als Einwohnerrätin, dass es alle drei Jahre reicht. Zusätzlich wird möglicherweise das Farmex-Gesetz bald kommen. Es ist nicht ganz sicher, ob das 2012, 2013 oder 2014 kommt. Aber wir haben es dann einmal berechnet und in drei Jahren macht die ganze Berechnung möglicherweise keinen Sinn mehr, weil wir das neue Berechnungssystem haben. Darum stelle ich den Antrag, dass wir es alle drei Jahre machen. Wir können nicht einfach sagen, dass wir vereinheitlichen. Man könnte möglicherweise bei anderen subventionierten Sachen schauen, ob es nicht auch dort mehr Sinn macht, diese Berechnungen zu machen. So könnten wir den administrativen Aufwand verringern. Schlussendlich bezahlen dies die Eltern und die Gemeinden, die CHF 4'000 jährlich. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag der Gemeinde zu ersetzen mit dem Satz: "Die Gemeinde setzt die Ansätze für die Betreuung pro Kind und Tag jeweils dreijährig, bis zum 31. August des tournusgemässen Vorjahres fest. Die Ansätze werden im Anhang definiert. Sollte es wider erwarten zu einer aussergewöhnlichen Erhöhung des Vollkostensatzes kommen, kann die Gemeinde vor Ablauf der drei Jahre eine Regulierung des Ansatzes verlangen." Wenn wir diese Regulierung verlangen, dann heisst dies, dass wir nahe an den effektiven Kosten bleiben können. So könnten wir in den drei Jahren CHF 8'000 sparen. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen und den Punkt 9.1 mit dem zu ersetzen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Wir haben diese Leistungsvereinbarung angepasst an die anderen, zum Beispiel das Altersheim, Alterszentrum. Das muss jedes Jahr seine Hotelrietaxen und Betreuungstaxen mit dem Budget zusammen vom Gemeinderat genehmigen lassen. Ebenso ist es mit dem Tageselternverein. Sie haben zwar immer den gleichen Ansatz, weil sie einen Stundenansatz bezahlen, und das Essen ist auch immer gleich, vier Jahre lang, da gibt es keine Änderungen. Wenn sie einmal eine Änderung machen würden, dann müsste man das genehmigen. Die Folie, die Gabi Huschke aufgelegt hat, zeigt doch genau, dass der Vollkostensatz nie gleich ist. Man muss immer eine Berechnung machen, damit der Vollkostensatz stimmt. Darum ist es für mich kein grosser Aufwand, dass man dies mit dem Gemeinderat, zusammen mit dem Budget, das man sowieso dem Gemeinderat vorlegen muss, macht. Wenn man dann den Vollkostensatz festlegen kann, dann ist das aus Sicht des Gemeinderates kein grosses Problem. Der Gemeinderat stellt den Antrag, dass wir dem bestehenden Text zustimmen sollten und nicht dem Antrag der Stiftung.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Dass man es rechnet, ist klar. Auch die Eltern müssen jedes Jahr neu zeigen, wie ihre aktuelle Einkommenssituation ist. Auch die Berechnung des Vollkostensatzes ist kein Problem. Aber es ist ein zweiter Schritt, der CHF 4'000 im Jahr kostet, damit man die Differenz von CHF 3 in 25 Stufen berechnet, dass man die Eltern angeht, sie haben das Recht Einsprache zu erheben. Diesen administrativen Aufwand finde ich wirklich eine Verhältnismässigkeit, die nicht aufgeht.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Änderungsantrag.

://:

Dieser Änderungsantrag wird mit 19 Ja, 7 Nein und 10 Enthaltungen angenommen.

Wir fahren fort mit der Beratung.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

10. Finanzierungsbeiträge der Gemeinde

Josua Studer, parteilos: Mir fehlt hier etwas wichtiges, das die Gemeinde viel Geld kosten könnte. Im Reglement vom Tagesheim steht klar, wie die Fristen beim Künden sind. Wenn eine Kündigung nicht eingehalten wird, dann werden die Kostgelder fällig. Die Eltern bezahlen ihren Beitrag und die Gemeinde bezahlt weiter den Beitrag, den die Gemeinde bringen kann. Das Tagesheim besteht darauf, dass die Kosten abgedeckt werden, wenn die Kündigung nicht rechtzeitig eintrifft. Das stört mich einerseits und das sieht man auf Seite 1 des Reglements, die Kündigungsziffer. Das Zweite ist ein Absenkmeldungsversäumnis. Wenn das Kind später als 09.00 h abgemeldet wird, dann gibt es auch Gelder, die geleistet werden müssen. Da ist es dann genau gleich, die Eltern bezahlen ihren Teil und die Gemeinde bezahlt ihren Teil. Ich meine, dass man dies auf die verursachende Person abwälzen müsste. Wenn die versäumen, rechtzeitig zu künden oder das Kind abzumelden, dann müssen sie die Kosten bezahlen. Ansonsten kann der Vater sagen, dass ihn das ja nicht so viel kostet und die Gemeinde muss den grossen Teil schütten, kann keinen Einfluss nehmen und ist auch nicht Schuld daran.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es Wortmeldungen zu diesem Änderungsantrag? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung.

://:

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

11. Abrechnungs- und Zahlungsmodus

Keine Wortmeldung

5. Kapitel Controlling

1. Abschnitt, Aufgaben der STTA

12. Pädagogischer Auftrag

Keine Wortmeldung

13. Buchführungspflicht

Keine Wortmeldung

2. Abschnitt, Kompetenzen der Gemeinde

14. Einsichtsrecht

Keine Wortmeldung

6. Kapitel, Leistungsstörungen und Konfliktregelung

1. Abschnitt, Leistungsstörung

15. Feststellung einer Leistungsstörung

Keine Wortmeldung

16. Finanzierungswirksame Leistungsstörung

Keine Wortmeldung

2. Abschnitt, Konfliktregelung

17. Behandlungspflicht

Keine Wortmeldung

18. Nicht betroffene Leistungen

Keine Wortmeldung

7. Kapitel, Vertragsdauer und Vertragsauflösung

19. Vertragsdauer

Josua Studer, parteilos: Zu 19, Punkt 3 habe ich etwas. Dort steht, dass das Tagesheim zur Kenntnis nimmt, dass sie keinen Rechtsanspruch auf Vertragsverlängerung. Heisst das, dass die Gemeinde das Recht auf eine Vertragsverlängerung hat?

Arnold Julier, Gemeinderat: Hier geht es nur darum, dass die Stiftung nicht daraus ableiten kann, wenn dies ausläuft, dass sie weiterhin Anspruch darauf hat. Wenn die Gemeinde das behalten will, dann wird das behalten. Es geht nur darum, dass die Stiftung nicht das Recht hat, wenn sie ausgelaufen ist, zu sagen, dass sie das Recht haben auf Weiterführung der Leistungsvereinbarung. Der Gemeinderat kann sagen, dass er das nicht mehr will, dann löst sich das auf. Wenn der Gemeinderat nicht mehr will, dann kann die Stiftung keinen Anspruch darauf stellen, dass wir es weiterführen möchten.

Josua Studer, parteilos: Ich finde es komisch, dass in 19, Punkt 2 umschrieben wird, wie die Kündigungsfrist ist. Wenn man nicht gekündigt hat, dann heisst es, dass der Vertrag weiter läuft. Unten dran steht, dass man keinen Anspruch hat. Das heisst, es löst den vorherigen Artikel auf, ansonsten wäre das ja nicht nötig, da oben geregelt ist, wann gekündigt werden kann und wie die Fortsetzung ist. Das ist keine grosse Sache, aber es ist für mich unverständlich.

Arnold Julier, Gemeinderat: Das steht in jeder Leistungsvereinbarung, die wir haben, drin, beim Alterszentrum, beim Tageselternverein etc.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur Abstimmung. Josua Studer, halten Sie am Antrag fest oder nicht?

Josua Studer, parteilos: An diesem Antrag muss ich nicht festhalten. Wenn es so ist, dann ist es halt so.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

20. Vorzeitige Vertragsauflösung

Keine Wortmeldung

8. Kapitel, Schlussbestimmungen

21. Anhang

Keine Wortmeldung

22. Vertragsänderungen und Ergänzungen

Keine Wortmeldung

23. Salvatorische Klausel

Keine Wortmeldung

24. Ausfertigung

Keine Wortmeldung

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir sind durch mit der Detailberatung. Josua Studer, bei diesen Anträgen, die Sie mir gegeben haben, steht noch eine Frage drauf.

Josua Studer, parteilos: Das ist richtig, respektive zwei Korrekturen und eine Frage zum Reglement. Das ist nur ein Fehler zum Korrigieren. In Absatz 1 steht "für die Betreuung", das ist der erste Satz und danach "für Fragen an das Betreuungspersonal sind offiziellen", da sollte man das Wort "die" reinmachen. In Absatz 4 „kranke Kinder dürfen...“, erster Satz, danach „über kranke Kinder ist die Heimleitung bis „um“ anstelle „am“ 09.00 Uhr zu orientieren“. Dies zur Fehlerkorrektur.

Die Frage zum Reglement ist, ob es reicht, wenn dort nur der Geschäftsstellenleiter unterschreibt. Sollte da nicht auch der Stiftungsratspräsident unterschreiben?

Arnold Julier, Gemeinderat: Das Reglement der Stiftung behandeln wir hier nicht, das macht der Stiftungsrat. Der kann auch unterschreiben, das ist keine Hexerei, wenn dir das wichtig ist.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zu den Anträgen. Wer die Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Tagesheime mit den angenommenen Änderungen genehmigen möchte, soll dies bezeugen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen

Ich habe noch eine Frage an Herrn Julier. Bei Antrag 2 steht das Datum für die Inkraftsetzung.

Arnold Julier, Gemeinderat: Das ist ein wichtiger Punkt. So wie ich das einschätze, wurde dem zugestimmt und dann tritt sie am 01.01.2012 in Kraft.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gut, dann stimmen wir darüber ab, ob die Leistungsvereinbarung am 01.01.2011 in Kraft treten soll.

://:

Das wird einstimmig angenommen.

Wir kommen noch zur Schlussabstimmung. Bitte die Karte erheben, wer das Geschäft abschliessen möchte.

://:

Das ist einstimmig.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Es gibt noch eine Wortmeldung. Ich wünsche Ihnen aber trotzdem noch einen schönen Rest der Adventszeit und einen guten Rutsch. Ich gebe zum Schluss das Wort Herrn Wolf.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte es nicht künstlich verlängern, aber es wurde am Anfang der heutigen Sitzung schon gesagt, dass Mathilde Oppliger aus dem Einwohnerrat ausscheiden wird, sie ist zurückgetreten. Ich möchte es im Namen der Fraktion nicht unterlassen, Mathilde Oppliger bestens zu danken für ihre Dienste. Sie ist im Jahr 2000 dem Einwohnerrat beigetreten, sie war zehn Jahre dabei. Zahlreiche Postulate gehen auf ihre Initiative zurück. Ich erwähne das Postulat Sicherheit in der Gemeinde und die Umgestaltung des Dorfplatzes. Ich möchte es nicht unterlassen, Mathilde Oppliger zu danken und sie gebührend zu verabschieden vom Einwohnerrat. Wir haben ein kleines Präsenz mitgebracht. Ich bitte alle, sie mit dem angemessenen Applaus zu verabschieden. Danke vielmals, liebe Mathilde.

[anhaltender Applaus]

ENDE